

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesstraße 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mfr. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 141.

Freitag, den 19. Juni 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Sozialreform und politische Parteien.

Landgerichtsrath Kulemann, ein früheres Mitglied der nationalliberalen Reichstags-Fraktion, bespricht in der „Zukunft“ die Stellung der politischen Parteien zu den kleinen sozialpolitischen Reformen, die Seitens der Regierung theils durchgeführt sind, wie die Bäckereiverordnung, theils geplant sein sollen, wie die Vorschläge der Reichskommission für Arbeiterstatistik betr. den Achtuhr-Ladenschluß. Aus dem zweiten Theile seiner Ausführungen zitieren wir folgende für seine früheren Freunde und deren Verblüdete recht bezeichnende Stellen:

Ueberblickt man diese Verhandlungen in ihrer Gesamtheit, so weiß man nicht, ob das Gefühl des Aergers oder der Verachtung am Platze ist. Ja, wenn diese Vertreter von „Bildung und Besitz“ wenigstens offen sagten: „Wir sind im Besitze der Macht und wollen sie gründlich für unser Interesse ausnutzen; die Arbeiter sind dazu da, daß sie uns das Leben bequem machen, und wir werden sie dazu zwingen, so lange wir es können und den Staat leiten!“ Das wäre eine Gewalt- und Räuberpolitik, die sich auf Nießsache und andere Kraftmenschen berufen könnte, doch sie wäre ehrlich: man sagte offen, was man meint. Aber wer nicht den Muth hat, das zu thun, und sich hinter Phrasen verkriecht, an die er selbst nicht glaubt, der hat kein Recht auf unsere Achtung.

Man befürchtet die Vernichtung des Kleingewerbes. Nun, ich bin oft genug öffentlich für dessen Interessen eingetreten, um gegen den Verdacht, es schädigen zu wollen, geschützt zu sein; aber das darf nicht zur Ungerechtigkeit verführen, sonst treibt man eine haltlose Politik.

Betrachten wir zunächst den Ladenschluß. Ob er in der vorgeschlagenen Form zweckmäßig ist, ob insbesondere eine allgemeine Vorschrift für alle Arten von Ladengeschäften oder besser eine individualisirende Behandlung am Platze ist, das soll hier nicht untersucht werden; aber der Grundgedanke ist unzweifelhaft berechtigt. Weshalb darf den heute kein Inhaber sein Geschäft um acht Uhr schließen? Weshalb muß er sich selbst oder wenigstens seinem Personal die nach zwölfstündiger Tagesarbeit wohl verdiente Ruhe entziehen, Gas und Kohlen verbrennen? Ach nein, wie viele Stunden des Tages ist fast nichts zu thun! Die Zeit von zwölf Stunden ist für den Bedarf völlig ausreichend. Aber mancher, dem es am Tage nicht recht gepaßt hat, will nun noch am Abend einkaufen. Viele sind es ja freilich nicht und die jungen Leute beiderlei Geschlechts, die bis zehn oder elf Uhr im Laden sitzen müssen, werden sich da nicht todtarbeiten, sondern häufig an Langeweile leiden. Aber sie müssen dableiben, denn wenn Herr Müller um acht Uhr sein Geschäft schließt, so würden diese Spätlinge seinem Konkurrenten Schulze zufallen. Aber wie würde es dann wohl kommen, wenn Herr Schulze und die übrigen Konkurrenten ebenfalls schloßen? Ja, — dann müßten sich die Spätlinge einfach früher einfänden und im übrigen bliebe alles beim alten. Der gesammte Verkehr würde sich einfach konzentriren — von vierzehn und fünfzehn Stunden auf zwölf Stunden — und würde in dieser Zeit sehr gut erledigt werden, ohne irgend eine Schmälerung zu erleiden.

Also die Parteien! Ueber die wollte ich ja auch noch etwas sagen. Man darf sich kaum noch wundern, wenn die Sozialdemokraten sie als „eine reaktionäre Masse“ bezeichnen.

In den nicht katholischen Kreisen sind bisher nur erst schwache Ansätze sozialen Verständnisses zu bemerken. Freilich, in den Klassen der wirklichen Bildung ist der Durchbruch längst erfolgt: auf den Universitäten herrscht der Sozialismus unter Professoren und Studenten; und Herr von Stumm wird schon darauf verzichten müssen, sie alle todtzuschießen, — dazu sind ihrer zu viele. Auch in den Kreisen der akademisch Gebildeten außerhalb der Universitäten ist es kaum anders und mit jedem Jahre bringt der jüngere Nachwuchs eine Verstärkung der sozialreformerischen Elemente, so daß Adolph Wagner nicht ganz mit unrecht in Frankfurt sagen konnte: „Die Kreise der Gebildeten haben wir erobert, jetzt bleiben nur noch die Kreise der Besitzenden zu gewinnen.“ Aber im politischen Leben vertreten diese wirklich gebildeten Klassen keine große Macht, da ihnen die Führung mit den Volksmassen meistens fehlt, und deshalb hat der „christliche

Sozialismus“ es im Reichstage bis jetzt nur zu zwei Vertretern gebracht.

Was die Freisinnigen an kräftiger Sozialreform hindert, hat die Konservativen nie belästigt; manchesterliche Neigungen kommen ihnen erst jetzt, wenn sie die arbeiterfreundlichen Maßregeln der Regierung angreifen, weil sie mit dem Maximal-Arbeitstage „in die wirtschaftlichen Verhältnisse eingreife“, die „Vertragsfreiheit beeinträchtigt“, „die Bäckerei unter Polizei-Aufsicht stelle“, u. s. w. Früher, als man die Preise durch Bülle regeln wollte, Wanderscheine und Arbeitbücher forderte, da wurde man durch solche Bedenken nicht geplagt; und auch jetzt, wenn man für den Befähigungsnachweis eintritt, wenn man Margarinegesetze schafft und staatlichen Getreidehandel verlangt, versteht man ebenfalls, seine Scheu vor Eingriffen in die Vertragsfreiheit und die wirtschaftlichen Verhältnisse zu überwinden. Eine zeitlang fand wirklich die Sozialreform an den Konservativen warme Förderer und Stützer war durchaus in Uebereinstimmung mit seiner Partei. Aber damals richtete sich die Sozialpolitik ja auch nur gegen die Industrie, gegen die „Schlotbarone“ und die „Juden“. — Das konnte ein deutsch-agrarisches Herz ja nur mit innerer Freude begrüßen. Jetzt fängt man plötzlich an, auch von Rechten der ländlichen Arbeiter zu reden, man will das Prügelrecht der Gesinde-Ordnung beseitigen, ja man will — horribile dictu (es ist schrecklich zu sagen) — den Landarbeitern ein Koalitionsrecht geben, damit sie Forderungen gegen ihre Herren geltend machen können, — nein, da hört denn doch die Gemüthlichkeit auf. Und nicht genug hiermit: man bestreitet auf dem evangelisch-sozialen Kongreß, einer Versammlung, die man bis dahin für ganz harmlos gehalten hatte, die Nützlichkeit des Großgrundbesitzes in seinem bisherigen Umfange und selbst der „Verein für Sozialpolitik“ veranstaltete Landarbeitererhebungen und empfiehlt eine „innere Kolonisation.“ Das könnte ja schließlich dahin führen, die Vorherrschaft des Großgrundbesitzes und des Adels im preussischen Staate in Frage zu stellen! Nein, meine Herren, das Feuer sieht sich ganz gut an, wenn es bei einem anderen brennt, aber wenn man selbst bedroht ist, dann — drei Schritte vom Weibe!

Solchen Wankelmuth, wie die Konservativen, haben die Mittelparteien niemals bewiesen; ihre Haltung ist stets einheitlich und konsequent gewesen. Freilich, zur Zeit der Arbeiterversicherungs-Gesetze, da ergriff ein gewisser sozialer Zug den ganzen Reichstag und ihm konnten sich auch die Mittelparteien um so weniger entziehen, als Bismarck sich mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit dafür einlegte.

Freilich mag der staatspolitische Gesichtspunkt ihnen etwas ferner gelegen haben; an seine Stelle trat die Hoffnung, durch gewisse Opfer ein gutes Verhältniß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu erkaufen. Beide Gedankenreihen gipfelten aber in dem Moment des Dankes der Arbeiter für die ihnen erwiesenen Wohlthaten — und gerade dieses Moment versagte. Im Gegentheil: die Arbeiter tadelten an den geschaffenen Einrichtungen diesen Wohlthätigkeitscharakter und erklärten, vielmehr organische Reformen des Arbeitsverhältnisses zu verlangen, die den Arbeiter in die Lage bringen könnten, selbst für seine Bedürfnisse zu sorgen. Sie forderten deshalb vor allem eine freiere Stellung ihrer eigenen Organisationen und volle Neutralität der Staatsgewalt in den wirtschaftlichen Kämpfen.

Als Zweck dieser Kämpfe bezeichneten sie neben Erhöhung der Löhne und Ermäßigung der Arbeitsdauer eine grundsätzliche Veränderung des beiderseitigen Verhältnisses, eine gewisse Betheiligung der Arbeiter an der Gestaltung ihrer Geschichte, kurz, ähnliche Aenderungen, wie sie auf politischem Gebiet früher der Liberalismus von der Autokratie des Monarchen gefordert und ihr abgezwungen hatte, so daß man dem Wesen des Gegengesetzes sehr gut gerecht wird, wenn man als Streitgegenstand bezeichnet: die Einführung des konstitutionellen an Stelle des absoluten Systemes der Arbeitsverfassung.

Das ist nun etwas, wogegen die heutigen Industriellen in ihrer großen Mehrheit sich mit der größten Entschiedenheit ablehnen; sie sehen darin nicht minder eine Verabschwächung ihrer sozialen Stellung, als es früher die Fürsten in gleicher Lage thaten. Sie wollen aber diesen Vergleich nicht gelten lassen und berufen sich darauf, daß es sich bei ihnen nicht um staatliche, sondern um private

Verhältnisse handle und daß ein Eingriff in ihre Rechte einfach einen Raub bedeute.

Als ob die Rechte der Fürsten auf absolute Regierung nicht eben so vertrieben gewesen wären! Und wenn man das Verhältniß des Arbeitgebers zu seinen Arbeitern für ein rein privates erklärt, so übersieht man, daß es sich darum handelt, ob die bisherigen Grundlagen der staatlichen Gemeinschaft, auf denen alles Privatrecht beruht, als gesund und gerecht anzuerkennen sind. Die Gestattung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln, durch die man theoretisch den Inhaber der Arbeitskraft zum Sklaven des Besitzers der Arbeitsmittel macht, da er ohne diese nicht arbeiten und nicht existiren kann, ist nur so lange erträglich, wie die theoretische Abhängigkeit praktisch einigermaßen gemildert wird. Hierfür zu sorgen und dem Arbeiter den erforderlichen Schutz zu verschaffen, ist aber die Aufgabe des Staates und bleibt es so lange, wie er die zu Grunde liegende Einrichtung des Privateigentums unter seinen Schutz stellt.

Allerdings bedarf es bei allen diesen und ähnlichen Erwägungen einer Grundvoraussetzung, ohne die man den ganzen Gedankengang nicht anerkennen kann. Diese Voraussetzung ist die „gesetzliche Gleichberechtigung“, die der Erlass Kaiser's vom 4. Februar 1890 den Arbeitern gewahrt wissen will. Das war für viele ein hartes Wort, das härteste in dem ganzen Erlass, und Herr Bueck, der Generalsekretär des „Vereins mit dem langen Namen“, erklärte als Vertreter der rheinisch-westfälischen Großindustriellen auf dem Frankfurter Kongreß des „Vereins für Sozialpolitik“ kurz und bündig: „Wir werden mit den Arbeitern niemals auf dem Boden der Gleichberechtigung verhandeln.“ Wir sind die Herren, und was wir für unsere Arbeiter thun, ist unser guter Wille! Ja, Herr Bueck hat sich ein ganz unzweifelhaftes Verdienst erworben, als er diesen Standpunkt so bestimmt und klar formulirte; aber man darf wohl auch die Frage aufwerfen, weshalb denn die nationalliberale Partei gerade diesen einseitigsten Vertreter des Klassenhochmuths und der rückständigsten sozialen Beschränktheit zu ihrem Organe machte. Und wenn neben ihm Herr v. Eynern zu Worte kam, dessen Standpunkt kein minder aristokratischer ist, so beweist das in der That, daß die sozialfreundlichen Elemente in der Partei, wie sie — abgesehen von dem leider jetzt ausgeschiedenen Dechselhäuser — Siegle, Frhr. von Heyl-Herrnsheim, Hammacher u. A. darstellen, nicht im Stande sind, jener Strömung mit Erfolg entgegenzuwirken.

Es war ja noch einmal ein Lichtblick, als Herr von Heyl im Namen der Fraktion die unerhörten Zustände in der Konfektion öffentlich an den Pranger stellte und einen einstimmigen Beschluß des Reichstages herbeiführte, dessen Gewicht sich dann schließlich selbst die hartgesotteten Großkonfektionäre beugten.

Die nationalliberale Partei als Führerin zu einer ernsthaften Sozialreform, — ja, das wäre im Stande, ihr frische Kräfte, neues Blut und junge, warme Begeisterung zuzuführen und die Aussicht auf Wiedergewinnung ihrer früheren Stellung zu eröffnen. Aber die Freude hat nicht lange gedauert, — und so müssen die Männer, die die Hoffnung auf eine solche schönere Zukunft einstweilen nicht völlig aufgeben mögen, sich noch länger mit Geduld wappnen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Vereinsnotengesetz ist im Reichstage von den Abgeordneten Bassermann und Genossen in der Form eines „Antrages“ eingebracht worden, an Stelle des in zweiter Lesung beschlossenen Textes des Geszentwurfs betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht folgenden einzigen Artikel zu setzen: Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben, 2. in der Ueberschrift die Worte: „Vereins- und Versammlungs-wesen“ zu ersetzen durch das Wort „Vereinswesen“.

Eine Wiederholung der internationalen Konferenz zum Arbeiterschutz, wie sie in Berlin 1890 stattfand, ist in der Pariser Deputirtenkammer vom Grafen de Mun angeregt worden. Redner wünschte, daß Frankreich sich den Ruhm dieser Berufung erwerbe, welche seinem Gemüth entsprechen würde. Die Anregung würde von der rechten Seite und dem Centrum beifällig begrüßt.

Sittlichkeitsstrießende Börsenwölfe. Es wird dem „Vorwärts“ von sachkundiger Seite geschrieben: Hatte schon Genosse Singer gelegentlich der dritten Berathung des Börsengesetzes in der Reichstags-Sitzung vom 5. d. M. darauf hingewiesen, daß den Aufsichtsräthen vieler Aktiengesellschaften Personen als Mitglieder angehören, die sonst bei jeder sich darbietenden Gelegenheit auf die Börse als eine Stätte der Unmoralität wettern, auch im übrigen im Kampfe für „Religion, Ordnung und Sittlichkeit“ in vorderster Reihe stehen, so ist es für unsere Leser vielleicht nicht uninteressant, einiges über die „Thätigkeit“ und die Einnahmen — im Börsenjargon „Lantien“ benannt — von Aufsichtsrathsmitgliedern zu vernehmen. Genosse Singer hatte in jener Sitzung behauptet, daß Herr v. Kardorff als Mitglied des Aufsichtsraths der Schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhütten-Betrieb ein Jahreseinkommen von 20 000 Mk. beziehe. Herr v. Plöb, der Getreidespekulant en miniature, welcher nach Singer das Wort nahm, bestritt zwar letztere Angabe, doch hat Herr v. Kardorff durch sein bisheriges Schweigen die Richtigkeit der vom Genossen Singer behaupteten Thatsache zugestanden. Den gleichen Betrag wie Herr v. Kardorff haben u. a. auch die Herren Graf Guido Fendel von Donnersmarck, Heinrich Prinz Schönau-Carolath und Kammerherr von Haldorf, Personen von denen einige bei jeder Gelegenheit einen Entrüstungsrummel gegen die „verjudete“ Börse inszeniren.

In welcher Weise übrigens Aufsichtsräthe honorirt werden, ergibt sich aus nachstehender Tabelle. Wir haben die fünf größten Banken Berlins und die zwei größten hiesigen industriellen Betriebe für unsere Zusammenstellung herausgegriffen. Es ergibt sich da folgendes Bild:

	Zahl der Aufsichtsräthe	Gezahlte Lantien pro 1895	Antheil jedes Mitgliedes pro Jahr pro Monat
Deutsche Bank	18	583 523	32 418 2702
Darmstädter Bank	14	350 254	25 018 2085
Berliner Handelsgesellschaft	13	299 250	23 020 1918
Diskonto-Gesellschaft	17	378 596	22 270 1856
Dresdener Bank	20	397 070	19 854 1655
Große Berliner Pferdebahn	7	102 882	17 147 1429
Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft	9	110 000	12 222 1018

Wie unsere Leser ersehen, beziehen die Aufsichtsräthe der Deutschen Bank das erheblichste Einkommen, nämlich 32 418 Mk. pro Jahr oder 2702 Mk. pro Monat, und dafür haben diese Herren — zu denselben zählen u. a. auch der frühere nationalliberale Abgeordnete Büsing und der königliche Eisenbahndirektions-Präsident a. D. Paul Jonas — das schwere Opfer zu bringen, sich allmonatlich einmal „zu löblichem Thun“ auf mehrere Stunden zu versammeln. Der dem Aufsichtsrath der Berliner Handelsgesellschaft als Mitglied angehörende Staatsminister a. D. v. Hofmann muß schon für etwas bescheideneren Sold seine „anstrengende Thätigkeit“ verrichten; dieser Herr bezog pro 1895 nur 1918 Mk. pro Monat, während Freiherr von Eckardstein und Dr. Herzog, Staatssekretär a. D., in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsräthe der Diskonto-Gesellschaft es im Vorjahre nur auf 1856 Mk. pro Monat brachten und der Wirkliche Geheimrath von Schirchky und Bögendorf, Excellenz, in Dresden als Mitglied des Aufsichtsraths der Dresdener Bank „nur“ die „Bagatelle“ von 1655 Mark pro Monat bezog und zwar als Äquivalent für eine vielleicht zweieinhalb dreistündige „Arbeit“. Ob der Herr Major a. D. Duncker bei seinem Einkommen von 1429 Mk. pro Monat als Aufsichtsrath der großen Berliner Pferdebahn noch Zeit gewinnt, über die jammervolle Entlohnung und brutale Ausbeutung der Kutscher, Schaffner und Stallleute nachzudenken, wagen wir kaum zu behaupten.

— Aus obiger Tabelle und deren Besprechung erhellt zur genüge, wie trefflich diese Herren, die stets über die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter küssen, wenn letztere ihre erbärmliche Lage durch Lohnerhöhung um einige winzige Mark pro Woche verbessern wollen, es verstehen, ihre Taschen zu füllen, wie sie getreulich das Wort des Schuftes Jago beherzigen: „Thue Geld in Deinen Beutel!“ Aus den „Freisinnigen Zeitung“: Bei der Reichstagsverhandlung über das Detailreisen erklärte Abg. Frhr. v. Stumm: „Ich habe in meinem Geschäft niemals Reisende gehabt und lasse überhaupt keine Bestellungen aussuchen, sondern warte dieselben ruhig ab. Glücklicherweise bin ich in der Lage, das thun zu können.“ Das ist unrichtig. Frhr. von Stumm als Mitbesitzer der Halberger Hütte läßt reisen und wartet auch nicht immer ab, bis Bestellungen an ihn kommen. Sein Schwager und Compagnon Kommerzienrath Böcking hält es nicht unter seiner Würde, unaufgefordert dort, wo größere Lieferungen in Aussicht stehen, einen Besuch zu machen. Auch die Behauptung des Freiherrn v. Stumm, daß seine Handelskammer sich gegen das Detailreisen erklärt habe, ist unrichtig. Nur eine öffentliche Versammlung, der u. a. einige Mitglieder der Handelskammer beiwohnten, hat stattgefunden. In dieser Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, auf den sich Stumm stützte. Merkwürdig viele „Unrichtigkeiten“.

„Water Plöb“ hat sich in einer am 14. d. M. zu Cannstatt gehaltenen Rede wiederum über seine Betheiligung am Terminhandel mit Getreide ausgesprochen. Er spielte natürlich nur, wie er auch im Reichstage behauptet hatte, um die ganze Wertverfälschung des Terminhandels kennen zu lernen. „Hätte er mehr Geld gehabt, so hätte er noch mehr spekulirt!“ Der kleine Schärer! Alles nur, um der Allgemeinheit einen Dienst zu leisten. Welch' selten edler Charakter!

Der „Fall Balford“ wird im Reichstage durch eine Interpellation zur Besprechung gebracht werden. Die von den Abgg. Liebermann von Sonnenberg und Genossen eingebrachte Interpellation hat folgenden Wortlaut: „Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler folgende Anfrage: 1. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt geworden, daß der kaiserliche Telegraphendirektor Kaiser am 10. Mai d. J. während der ordnungsmäßigen Ausübung seines Dienstes im Annahmeraum des hiesigen Haupttelegraphenamtes durch den englischen Zeitungskorrespondenten Balford beschimpft und thätlich beleidigt worden ist? 2. Weiß der Herr Reichskanzler davon, daß der beleidigte Beamte durch Einwirkung des Herrn Staatssekretärs im Reichspostamt veranlaßt worden ist, auf eine strafrechtliche Verfolgung zu verzichten, und daß dem Beleidiger eine Geldbuße von 100 Mk. und mündliche Entschuldigung auferlegt worden ist?“

Der „Schreibbund“ — der Bund der Agrarier — will jetzt für seine Mitglieder ein Vereinsabzeichen einführen. Ein Circular an die Vertrauensmänner empfiehlt zu diesem Zweck eine Nadel, die ein Bild zeigt, auf dem ein Groß- und ein Kleingrundbesitzer sich unter der Devise „Das ganze Deutschland soll es sein“ die Hand reichen. Ein Bild, welches einen Großagrariar zeigt, der dem „kleinen Mann“ das Fell über die Ohren zieht, wäre passender. Die Nadel soll durch das Vereinsbureau zum Preise von 1 Mark vertrieben werden, wobei für die Bundeskasse 10 000 Mk. abfallen würden. — Man muß Alles mitnehmen!

Fleischerei-Berufsgenossenschaft. Wie die „Deutsche Tagesztg.“ vernimmt, wird sich der Bundesrath in nicht zu ferner Zeit über die Frage der Trennung der Fleischerei von der Nahrungsmittel-Berufsgenossenschaft und der Begründung einer eigenen Fleischerei-Berufsgenossenschaft schlüssig machen.

Landrätliche Disziplin über Kriegervereine. Der Amtsvorsteher in Schmöckwitz, F. v. d. Decken, hat dem dortigen Kriegerverein „auf Anordnung des Herrn Landraths“ eröffnet, daß die Bestätigung der Satzungen des Vereins zurückgezogen werden wird, wenn der Verein den Gastwirth Karl Kurras nicht aus dem Verein ausschließt, sowie daß mit der Zurücknahme der Bestätigung der Verein aufhört, Kriegerverein zu sein und damit alle diejenigen Vorrechte und Vergünstigungen verliert, welche ausschließlich diesen Vereinen ertheilt werden.“ Demgemäß hat der Kriegerverein sich beeilt, den Gastwirth Kurras, der sein Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen hergegeben hatte, der Ehrenmitgliedschaft des Kriegervereins zu entheben.

Die Zunahme der deutschen Ausfuhr in 1895 hat nach den definitiven Werthberechnungen, die jetzt in der Reichsstatistik veröffentlicht werden, einen außergewöhnlich großen Umfang erreicht. Eine Vergleichung mit den Vorjahren bis zum Jahre 1889, seit welchem unsere Handelsstatistik erst auf den gleichen Grundlagen beruht, ergibt folgende Uebersicht:

Worth der deutschen Ausfuhr	Gegen das Vorjahr
in Millionen Mark	
1889	3164,8
1890	3326,5
1891	3175,5
1892	2954,1
1893	3092,0
1894	2961,5
1895	3318,1

161,7 Mill. Zunahme
151,0 „ Abnahme
221,4 „ Abnahme
137,9 „ Zunahme
130,5 „ Abnahme
356,6 „ Zunahme

Der Werth der deutschen Ausfuhr hat danach in den sieben Jahren erheblich geschwankt. Im Jahre 1895 hat er jedoch eine Zunahme erfahren, wie sie vorher niemals von einem Jahr zum anderen stattgefunden hat und die eingetretene Steigerung um 356,6 Millionen Mark in einem Jahre beweist, daß zu dem Aufschwunge, den die deutsche Gewerbtätigkeit im vergangenen Jahre genommen hat, die außerordentliche Zunahme der Ausfuhr wesentlich mitgewirkt hat.

Frankreich.

Zur Aussperrung der Porzellanarbeiter von Limoges. Der sozialistische Gemeinderath von Limoges hat, um den Aussperrten Beschäftigung zu verschaffen, einen Kredit von 75 000 Franken (60 000 Mark) zur Ausführung von städtischen Arbeiten votirt. Außerdem werden in derselben Weise die für die Feier des 14. Juli bestimmten Summen zur Beschäftigung der Aussperrten verwendet werden. Das ist die richtige Antwort auf die prohenhafte Haltung der Unternehmer, die alle von den Arbeitern gemachten Vermittelungsversuche zurückgewiesen hatten. Der Ursprung der Aussperrung ist, wie in Carmaux, mehr politischer als gewerkschaftlicher Natur. Die Unternehmer wollen an den Arbeitern den sozialistischen Sieg in den Gemeinderathswahlen rächen. Es wird nämlich bekannt, daß die Opportunisten während des Wahlkampfes den sozialistisch wählenden Arbeitern mit Aussperrung gedroht hatten. Hoffentlich werden aber die Rachepläne der Unternehmer scheitern. Die sozialistischen Gemeinderäthe von ganz Frankreich werden dem Beispiel der Gemeinderäthe von Limoges und Paris folgen. Und in Limoges selbst steht hinter den Aussperrten das starke Gewerkschaftskartell, das alle dortigen Fachvereine umfaßt.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübeker Volksboten“.)

Berlin, 17. Juni.

Der Reichstag begann heute seine Sitzung schon um 11 Uhr Vormittags und erledigte eine sehr reiche Tagesordnung, bloß nach sechsstündiger Berathung bis Konstatierung der Beschlußfähigkeit des Hauses dem Verhand-

lungseifer ein Ziel setzte. Zunächst wurde die Interpellation des Zentrums betr. die Aufhebung des Jesuitengesetzes erledigt. Es kam dabei zu einer Scene, wie der Reichstag noch nicht erlebt hat. Schuld daran war der bekannte antisemitische Rowdy, der Abg. Liebermann von Sonnenberg. Genosse Webel hatte an dem Fürsten Bismarck eine scharfe Kritik geübt, wie er sie und andere Mitglieder den Reichstags schon des öfteren übt haben. Er hatte damit jedenfalls nicht das Maß der im Reichstage erlaubten Redefreiheit überschritten zu einer Miße des Präsidenten lag nicht der mindeste Anlaß vor. Die Person des Fürsten Bismarck ist nicht gezeilt. Die folgenden Redner, Herr von Bülow und Graf Limburg-Sturum wandten sich auch gegen die Kritik Webels, was natürlich ihr gutes Recht war. Da kam Liebermann v. Sonnenberg an die Reihe und beleidigte in der größlichsten persönlichen Weise den Vizepräsidenten Schmidt, der seit ein Paar Tagen die Vertretung des Präsidenten von Bülow übernommen hat. Im ganzen Hause gab sich gegen den antisemitischen Rowdy lebhafter Unwille kund. Herr Schmidt sprach seine Ordnungsrufe aus und verschmähte es, von den schärferen Disciplinarmitteln, die ihm die jüngst gebildete Geschäftsordnung an die Hand giebt, Gebrauch zu machen wohl einmal, weil er selbst der Beleidigte war, da wohl auch, weil er als Mitglied der freisinnigen Volkspartei damals gegen die verschärften Disciplinarmittel gestimmt hatte.

Die Haltung der Regierung dem Zentrum gegenüber ist entgegenkommender geworden, es steht jetzt die Beseitigung des § 2 des Jesuitengesetzes zu erwarten. Ebenso steht nach der Erklärung, die Herr v. Bülow zum Antrag auf Erlass eines Reichsvereinsgesetzes gab, die Aufhebung des Verbots, daß politische Vereine nicht mehr mit einander in Verbindung treten dürfen, in Aussicht. Bemerkenswerth war eine Ausführung des Herrn von Stumm, in der er die Regierung zu schärferen gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen suchte. Die Frage, warum in der Provinz Hannover durch Entschluß des Oberpräsidiums die Gewerkschaften für politische Vereine erklärt worden sind, wurde von Herrn von Bennigsen, obwohl ihn unser Genosse Meister gestellt hatte, wieder wie gewöhnlich dilettantisch behandelt.

Die Nachtragsrats für die Schutztruppe und die Depotsatz wurden in 2. und 3. Lesung angenommen. Die Gesamtabstimmung über die Gewerbenovelle konnte nicht vollzogen werden, weil der Reichstag nicht beschlußfähig war. Ob unter diesen Umständen das bürgerliche Gesetzbuch jetzt noch erledigt werden wird ist mehr a fraglich, wenn auch morgen die Berathung beginnen wird. Die Regierung soll sich auch schon mit diesem Gedanken vertraut gemacht haben. Es heißt, sie wolle dann nicht vertagen, sondern das Bürgerliche Gesetzbuch nach den Beschlüssen der Kommission im Herbst von Neuem einbringen. Die nächsten Tage werden jedenfalls die Entscheidung bringen.

107. Sitzung.

Vize-Präsident Schmidt eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Bundesrathspräsidenten Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe Frhr. v. Marschall, v. Bütticher u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation von Hompeich.

In derselben wird der Reichskanzler gefragt: 1) Ist ein Beschluß des Bundesrathes in Angelegenheit der Aufhebung des Jesuitengesetzes auch heute noch nicht erfolgt? 2) Aus welchem Gründen hat der Bundesrath die Entscheidung über den Reichstagsbeschluß vom 20. Februar 1895 verzögert? 3) Bedeutet der Reichskanzler eine solche Entscheidung nunmehr nach Ablauf von 16 Monaten und jedenfalls nach vor Beendigung der gegenwärtigen Reichstagsarbeiten herbeizuführen?

Der Reichskanzler erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Graf Hompeich (Z.): Unsere Interpellation ist eine so erklärte, natürliche, daß zu ihrer Begründung nur wenige Worte gehören. Ueber einen Beschluß des Bundesrathes zu dem Reichstagsbeschluß vom Februar 1895 ist noch nicht das Mindeste bekannt geworden. Da ist wohl die Frage berechtigt, weshalb diese Verzögerung? Es entspricht nicht der Gerechtigkeit und der Billigkeit, daß ein Ausnahmegesetz gegen uns aufrecht erhalten wird, während ein Ausnahmegesetz gegen eine andere Partei längst aufgehoben ist. Jeder Anarchist darf sich in Deutschland frei bewegen, e Jesuit dagegen nicht. Wie aber die Antwort des Reichskanzlers auch ausfallen möge, unsere Stellung zum Bürgerlichen Gesetzbuch wird dadurch, wie ich im Gegenthat zu gewissen Zeitungsmitteilungen noch ausdrücklich hervorheben muß, in keiner Weise alterirt werden. (Bravo beim Zentrum.)

Reichskanzler Fürst v. Hohenlohe: Ein Beschluß des Bundesrathes ist bisher noch nicht erfolgt. Der Bundesrath hat davon absehen zu können geglaubt, von Neuem zu der Frage Stellung zu nehmen, weil er noch kurz vorher die Frage einer eingehenden Berathung unterzogen hatte und einmüthig zu der Ueberzeugung gelangt war, daß er der Aufhebung des betreffenden Gesetzes nicht zustimmen könne. Seit jener Zeit sind keine Umstände eingetreten, welche den Bundesrath zu einer veränderten Stellungnahme veranlassen könnten. Eine Verzögerung ist auch deshalb eingetreten, weil es in der Absicht liegt, in eine weitere Prüfung darüber einzutreten, ob außer den durch den Bundesrathsbeschluß vom 9. Juni 1894 von der Anwendung des Gesetzes ausgeschlossenen Kongregationen der Redemptoristen und der Priester vom heiligen Geist noch die eine oder andere Genossenschaft, welche bisher nur den Wirkungen ebenfalls ausgenommen werden kann. Die Prüfung ist noch nicht beendet und es empfiehlt sich, den Abschluß der Berathungen abzuwarten, um wenigstens soweit den auf Zulassung der geistlichen Orden gerichteten Wünschen entgegenkommen zu können, als das nach Auffassung der verbündeten Regierung irgend thunlich erscheint. Inzwischen bin ich bereit auf eine beschleunigte Beschlußfassung des Bundesrathes hinzuwirken.

Auf Antrag des Abg. Dr. Lieber (Z.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Dr. Lieber (Z.): Es liegt eine Geringschätzung des Reichstages in dieser verzögerten Stellungnahme des Bundesrathes (vehafte Zustimmung.) Graf Hompeich hat die Dinge viel milde dargestellt. Denn durch dieses unerhörte Gesetz werden nicht nur deutsche Männer, sondern auch deutsche Frauen und Jungfrauen verbannt. Wann wird der bundesrätliche Landsturm seinem langsamen Vormarsch zu der Entdeckung gelangt sein?

daß wenigstens die Ordensfrauen vom heiligen Herzen Jesu als „Nicht-Jesuiten“ anerkannt werden? (Sehr gut.) Ich halte es als Katholik für eine Schmach für das Deutsche Reich, deutsche Frauen nur darum aus dem Vaterlande zu verbannen und in der Verbannung zu erhalten, weil der Bundesrath sie für jesuitisch verwandt hält. (Lebhafte Beifall im Centrum.) In dem Augenblicke, wo wir gewillt sind, durch schleunige Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuches die deutsche Rechtsreinheit herzustellen, nehmen sich solche himmelschreiende Rechtsungleichheiten doppelt schlecht aus. Der Reichstag hat das Seine gethan, möge nun der Bundesrath das Geinige thun. (Lebhafte Beifall.)

Graf Limburg-Stirum (K.): Im Interesse des religiösen Friedens ist eine völlige Aufhebung des Gesetzes nicht möglich. § 1 könne nicht aufgehoben werden, aber § 2, wonach Ausländer ausgewiesen werden können und wonach Zuständern Aufenthaltbeschränkungen auferlegt werden können. Ein Theil seiner Freunde sei bereit, den § 2 aufzuheben.

Schall (K.) erklärt sich Namens des anderen Theiles der Konservativen gegen die Aufhebung des Gesetzes gerade deshalb, weil sie den konfessionellen Frieden wollten und der Jesuitenorden ein Kampforden sei.

Ridert (Fg.) empfiehlt der Regierung die Aufhebung des § 2, das sei das geringste Zugeständniß, das gemacht werden müsse.

Webel (SD) tritt entschieden für Aufhebung des ganzen Gesetzes ein. Charakteristischer Weise habe seiner Zeit das Reich gleich nach seiner Errichtung nichts Eiligeres gethan, als Ausnahmegeetze gegen die Jesuiten, Ausnahmegeetze gegen die Etsch-Lotringer und bezeichnender Weise ist darin Niemand eifriger gewesen, als die Partei, die sich zugleich national und liberal nennt. Dem Centrum kann man nicht zumuthen, daß es sich auf Aufhebung des § 2 beschränkt und dadurch seine Grundsätze zu verlegen. Ein Antrag auf Aufhebung nur des § 2 muß daher von anderer Seite gestellt werden. Daß er in einem solchen Falle Annahme finden würde, sei aller Voraussicht nach gewiß. Das Centrum verdankt seine Größe und Bedeutung nur dem Kulturkampf, der auch ein Akt der so oft gepriesenen weisen Politik des Fürsten Bismarck ist. Dieser hat hier den größten Fehler begangen, den je ein Staatsmann begehen konnte, wie er sich überhaupt allen geistigen Strömungen gegenüber als ein kleiner jammervoller Stämper erwiesen hat. (Schallende Heiterkeit rechts und bei den Nationalliberalen. Lebhafter Beifall im Centrum und links.)

Fürst von Radziwill (Vole) tritt für die Aufhebung des Jesuitengesetzes ein, das jedem gerecht Denkenden ein Schlag ins Gesicht sei.

von Bennigsen (K.) erwidert dem Abg. Webel, die Stellung Bismarcks in der Geschichte stehe so fest, daß sie durch Webel's Kritik nicht beeinträchtigt werde. Was nun diese Sache anlangt, so seien seine Freunde bereit, für Aufhebung des § 2 zu stimmen.

Fehr. von Hohenberg (Wesse) erklärt sich für die Aufhebung des Jesuitengesetzes und schließt sich dem Urtheil des Abgeordneten Webel über den Fürsten Bismarck völlig an. (Große Heiterkeit.)

Webel (SD): Ueber die Geschichte wird die Zukunft ihr Urtheil fällen. Heute freilich entscheiden die Geschichtswriter und Fürscher. Einst wird die Geschichte ein ganz anderes Urtheil über Bismarck fällen, als jetzt ein Theil der Zeitgenossen und besonders Herr von Bennigsen.

Graf Limburg-Stirum (K.) weist darauf hin, daß Fürst Bismarck stets nach Grundsätzen gearbeitet habe, durch die Deutschland groß geworden. Deshalb stehe das Urtheil über ihn auch fest und werde nicht schwanken. Die Sozialdemokratie sei lediglich eine temporäre, ephemerere Erscheinung.

Liebermann v. Sonnenberg (Antil): Wir haben in dieser Gewissenfrage freie Hand. Ich persönlich bin für Aufhebung des Jesuitengesetzes, denn ich fürchte die Jesuiten nicht. Unerhörbar war der Angriff des Abg. Webel auf den Fürsten Bismarck. Bismarck befindet sich dem Abg. Webel in der Lage des Mondes einem bekannten kleinen Hausstier gegenüber. Am jammervollsten, stümperhaftesten und am taktlosesten hat sich aber das Präsidium verhalten, das einen solchen Angriff hat hingehen lassen. (Stürmische Bewegung im Hause.)

Vizepräsident Schmidt: Der Abg. v. Liebermann hat die Würde des Hauses und seine Ordnung verletzt in einer Weise, wie es wohl überhaupt noch nicht vorgekommen ist. Ich rufe den Abgeordneten dafür zur Ordnung. (Lebhafte Beifall.)

Webel (SD): Mir ist es nie so vorgekommen, als ob Fürst Bismarck die Sozialdemokratie als ein harmloses Haustier angesehen habe. Gegen ein solches schafft man keine Ausnahmegeetze, geht auch nicht mit den verschiedensten Strafanträgen und Ausnahmegeetzen dagegen vor.

Liebermann von Sonnenberg erwidert, er habe mit dem harmlosen Haustier nicht die Sozialdemokratie gemeint, sondern einen Vergleich zwischen den beiden Persönlichkeiten Bismarck's und Webel's gezogen. (Heiterkeit.) Webel's Urtheil wolle viele Tausende verlegen, deshalb habe er diese scharfe Erwiderung gewählt.

Dr. Lieber (Z.) ist den Abgg. v. Bennigsen und Grafen Limburg dankbar, daß sie wenigstens den § 2 aufheben wollen. Hoffentlich komme die Regierung nun bald mit einem entsprechenden Antrag.

Es soll jetzt die dritte Verathung des Gesetzentwurfs über ein Reichs-Vereins- und Versammlungsgesetz folgen.

Abg. v. Massow (K.) beantragt, die Verathung des Schutztruppengesetzes und des Nachtragsrats vorzunehmen.

Singer (SD) fragt nach dem Grunde.

Dr. Lieber (Z.) bemerkt, den verbündeten Regierungen müsse jedenfalls daran gelegen sein, jene Vorlagen so bald als möglich erledigt zu sehen.

v. Levegow (K.): Lassen wir die Reihenfolge so wie sie ist, so laufen wir Gefahr, wenn ich mir das Haus ansehe, daß keiner von all den Gegenständen heute erledigt wird.

Singer (SD): Diese Begründung des Vorredners läßt mich erst recht darauf bestehen, daß die Reihenfolge der Tagesordnung nicht geändert wird. Sollte dennoch beschlossen werden, so werde ich gleich bei dem dritten Gegenstande der Tagesordnung von allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen und das herbeiführen, was Sie offenbar bei dem Vereinsgesetz herbeiführen wollen.

In Folge dieser Erklärung wird der Antrag v. Massow (K.) abgelehnt.

Zur Verathung steht also der Gesetzentwurf, betr. das Vereins- und Versammlungsgesetz.

Wassermann (K.) beantragt mit Unterstützung aller Parteien, mit Ausnahme der Konservativen und Reichspartei: An Stelle des in zweiter Lesung angenommenen neuen Textes eines Vereinsgesetzes Folgendes zu beschließen: Inländische Vereine jeder Art dürfen miteinander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

In der Generaldiskussion kommt **Meißner (SD)** auf die Thatsache zurück, daß der Oberpräsident von Hannover Gewerkschaften und auch Gesangsvereine als politische erklärt hat, und interpellirt nochmals den Abg. v. Bennigsen darüber.

von Bennigsen (K.) erklärt, er habe keine allgemeine Verfügung erlassen, der Entschluß des Oberpräsidiums beziehe sich nur auf die einzelnen Fälle. Die Entscheidung sei in seiner Abwesenheit gefällt worden. Ueber ihren Werth oder Unwerth könne und wolle er heute kein Urtheil fällen, da ein Verfahren beim Oberverwaltungsgericht schwebt.

Ridert (Fg.) bedauert die Abwesenheit des preussischen Ministers des Innern von der Rede. Der Antrag Wassermann sei ein Beweis enormer Mäßigkeit, namentlich seitens der Sozial-

demokraten. Er stelle das Mindestmaß dar und er sei neugierig, was heute der Bundesrath zu dem Antrage sagen werde.

Staatssekretär von Büttcher: Der Bundesrath hat sich den Beschlüssen des Hauses zweiter Lesung nicht anschließen können. Das überrascht das Haus auch wohl nicht. (Zuruf Meißner's: Nein. Große Heiterkeit.) Ueber den Antrag Wassermann hat der Bundesrath noch nicht Beschluß gefaßt. Die meisten der verbündeten Regierungen erkennen aber das Bedürfnis einer Reform in Bezug auf den Verkehr der Vereine unter einander an. Fraglich ist nur noch der Weg dieser Reform, ob reichsgesetzlich oder partikular-gesetzlich.

Wachem (Z.) tritt lebhaft für eine reichsgesetzliche Regelung der Materie ein.

Freiherr von Stumm (RP.) ist gegen den Antrag Wassermann; er erkennt grundsätzlich das Bedürfnis einer Reform in Bezug auf den Verkehr der Vereine untereinander an, er meint jedoch, die Materie könne nicht einseitig geregelt werden, sondern es müßten auf der anderen Seite Verschärfungen des Vereinsgesetzes erfolgen, namentlich in Bezug auf das unheilvolle Treiben der Sozialdemokratie.

Es wird darauf das Schutztruppengesetz ohne wesentliche Debatte in zweiter und auf Antrag Gröber (Z.) auch gleich in dritter Lesung erledigt.

Die beiden Nachtragsrats werden ohne Debatte in dritter Verathung endgültig angenommen.

Das Depotgesetz wird in zweiter Verathung ohne erhebliche Debatte unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Auf Antrag des Abg. Gröber (Z.) wird gleich in die dritte Verathung eingetreten. In derselben wird der Gesetzentwurf endgültig angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission, betreffend die Frage der Fortdauer des Mandats des antisemitischen Abg. Köhler (Siehen) in Folge seiner Anstellung als Postagent.

Wassermann (K.) beantragt als Referent der Geschäftsordnungs-Kommission, das Mandat für erloschen zu erklären.

Liebermann von Sonnenberg (Antil.) meint, es liege kein Grund vor, das Mandat für erloschen zu erklären, der Postagent erhalte nur eine Entschädigung für Auslagen, kein Gehalt.

Auf Antrag des Abg. **Spahn (Z.)** wird der Gegenstand von der Tagesordnung abgelehnt.

Es folgt die Gesamtmittheilung über die Verwerbungs-Novelle, die eine namentliche ist. Es betheiligen sich nur 181 K. geordnete.

Das Haus ist beschlußunfähig. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Interpellation, betr. den Fall Bachhaus. Bürgerliches Gesetzbuch.)

Lübeck und Nachbargebiete.

Der dritte Nachtrag zur Verordnung, die Veräußerungsabgabe betreffend, vom 27. Mai 1872, wird im heutigen Amtsblatt veröffentlicht.

Als **Trichinenschauer** wurde vom Medizinalamte der Cigarrenfabrikant **J. H. Chr. Grube** verurtheilt.

Frachtermäßigung. Der Frachtsatz zwischen Hamburg und Lübeck ist für Kaffeesendungen in Wagenladungen von mindestens 5000 Kgr. im Verkehr mit Schweden und Kopenhagen vom 16. Juni d. J. ab auf 32 Pfg. für 100 Kgr. ermäßigt worden.

Waisenkinderfest. Unter Begünstigung von herrlichem Wetter, was seit langem nicht dagewesen ist fand gestern das sich alljährlich wiederholende Waisenkinderfest statt. Schon um 7 Uhr Morgens begaben sich die Zöglinge unter den Klängen ihrer eigenen Kapelle nach dem Bink bei der Kaserne. Eine Menge Neugieriger hatte sich in der Nähe der Kaserne eingefunden und entwickelte sich schon in den frühen Morgenstunden ein reges Treiben. Von 4 Uhr Nachmittags ab strömten Tausende von Menschen dem Festplatze zu. Die auf dem Festplatze aufgeschlagenen Verkaufs- und Würfelbuden sowie die Caroussells u. s. w. wurden theilweise stark in Anspruch genommen und werden die Inhaber dieser Geschäfte mit ihren Einnahmen zufrieden sein.

Eine öffentliche Versammlung der Bäcker findet heute Nachmittag im Lokale des Herrn Schulz, Marlesgrube 15, statt; wir eruchen daher alle Bäcker, zahlreich zu erscheinen. Das Thema „Regelung der Arbeitszeit im Bäckergewerbe“ ist wichtig genug, um zu zahlreichem Besuch einzuladen.

Postpflichtige Postsendungen der Gemeindebehörden. Auf Grund einer zwischen den Bundesregierungen getroffenen Verständigung verordnet der Senat: Alle postpflichtigen Postsendungen der Gemeindebehörden, insbesondere auch der Vorstände der Landgemeinden, an Lübeckische Staats- oder Gemeindebehörden, sowie an Staats-, Gemeinde- und sonstige Kommunalbehörden eines anderen Bundesstaates sind zu frankiren. Auf die Wiedereinziehung des für solche Sendungen verauslagten Portos ist zu verzichten. Diese Anordnungen treten am 1. Juli d. J. in Wirksamkeit.

Ein heftiges Gewitter zog gestern Abend gegen zehn Uhr über unsere Stadt. Verschiedene harte Schläge ließen darauf schließen, daß in der nächsten Umgebung der Stadt der Blitz niedergefahren sein muß. Wie nun einem hiesigen Blatte von Reisenden berichtet wird, die mit dem Gutiner Zuge hier anlangten, haben diese einen bedeutenden Feuerschein in der Richtung nach Curau zu bemerkt. Nähere Einzelheiten hierüber fehlen bis jetzt noch. — Als der zweite, sehr heftige Schlag erfolgte, blieb ein Motorwagen der elektrischen Straßenbahn unmittelbar beim Bahnübergange stehen und erlöschten im gleichen Augenblicke sämtliche im Wagen brennende Lampen. Es dürfte die Ursache für dieses Vorkommniß darin zu suchen sein, daß der Luftdruck stärker als der Strom der elektrischen Leitung war. Nach kurzer Zeit konnte der Wagen seine Fahrt unbeschadet fortsetzen.

Probefahrt. Gestern Nachmittag gegen 6 Uhr hat die Probefahrt des für Rechnung der hochseitschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf der Koch'schen Schiffs- werft erbauten Schraubendampfers „Gzar“ stattgefunden. Der Dampfer zeichnet sich durch seine schöne Bauart aus und hat eine stark gebaute dreizylindrige Dampfmaschine, welche 450 Pferdekraft entwickelt und dem Dampfer, voll beladen, ungefähr 9 1/2 Knoten Fahrgewindigkeit

gibt. Der Dampfer ist ausgerüstet mit schönen lustigen Kajüten für Passagiere und für Offiziere, sowie elektrischer Beleuchtung; auch besitzt der Dampfer auf der Kommando- brücke einen Dampfsteuerapparat, sowie auf der Back ein Dampf-Ankerspül nach neuester Konstruktion. — Nachdem die Probefahrt zur Zufriedenheit der Aeberei ausgefallen war, legte der Dampfer bei Schuppen 18 an, um Stückgüter nach Petersburg überzunehmen. — Desgleichen hat heute Morgen um 8 Uhr der von der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft mit einer neuen Maschine versehene Dampfer „Dagmar“ seine Probefahrt unter- nommen.

Spritzenprobe. Gestern Nachmittag gegen 1/26 Uhr fand auf dem Schleppdampfer der Handelskammer „Stednik“ im hiesigen Stadtgraben eine Spritzen- probe statt.

Einer Uebersicht des Schülerbestandes in den einzelnen Schulen am Schlusse des Schuljahres 1895/96, welche Schulrath Dr. Schröder veröffentlicht, entnehmen wir, daß im ganzen Lübeckischen Staate 14 439 Kinder (7 512 Knaben und 6 927 Mädchen) Schulunterricht genießen; in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten zählte man 12 193 Kinder (6 376 Knaben, 5 817 Mädchen), in Travemünde 385 Kinder (189 Knaben, 196 Mädchen) und in den Landbezirken 1856 Kinder (947 Knaben und 909 Mädchen). Am Ende des Schuljahres 1889/90, von welchem die erste Zahl vorliegt, wurden im ganzen Lübeckischen Staatsgebiete 13 240 Kinder (6 871 Knaben, 6 369 Mädchen) gezählt; die Zahl der schulpflichtigen Kinder hat sich seit der damaligen Zählung um 1 192 Kinder vermehrt. Die Zahl hat langsam, aber stetig von Jahr zu Jahr zugenommen. Die höchste Schülerzahl unter den Volksschulen weist die Burg-Knabenschule (Frei- schule) auf, nämlich 580 Schüler.

Arbeiterrißlo. Mittwoch Morgen zog sich in der Formerei der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft der Kernmacher K. während der Arbeit erhebliche Brand- wunden am linken Unterarme zu. Es mußte sofort ärzt- liche Hilfe in Anspruch genommen werden, und wird die Arbeitsunfähigkeit des Verletzten wohl noch einige Zeit dauern.

Von Hitze zusammengebrochen sind gestern Mittag gegen 12 Uhr, als eine Kompanie der hier garnisonirten 76. Infanterie einrückte, kurz vor der Drehbrücke an der Untertrave, 2 Soldaten. Mehrere Soldaten, denen das- selbe passirt zu sein schien, wurden von einem Lazarett- gehülfen nachgebracht. Wann endlich werden diese sog. Todesmärsche aufhören!

Eigentumsvergehen. Am Dienstag Mittag wurden aus einem Umbau in der Wahnstraße 7 1/2 Kilo Blei und 11 Kilo Zink gestohlen, welche Sachen später bei einem Produktenhändler wieder aufgefunden wurden. Untersuchung ist eingeleitet. — Ein Schustergehilfe, welcher sich vor 3 Wochen von seinem Meister aus Kienfels 10 Mark und einen Anzug geliehen hatte, um sich in Lübeck einen eigenen Anzug zu kaufen, wurde hier selbst festgenommen und wegen Fluchtverdachts dem Markt- gefängniß übergeben.

Der Verletzung des Briefgeheimnisses hat sich eine hiesige Geschäftsinhaberin schuldig gemacht. Sie hatte einen an ihre Zuschneiderin gerichteten Brief unbefugter Weise geöffnet. Es ist dieserhalb Untersuchung gegen sie eingeleitet.

Wegen Unterschlagung wurde am Dienstag ein Schmiedelehrling aus Halle a. S. festgenommen. Der- selbe hatte für seinen Meister 60 Mk. einzukassiren, hatte das Geld jedoch für sich verbraucht, angeblich, um eine Vergnügungstour damit zu machen.

Von der **Gemeindeversammlung in Siems** ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen U. S. Steen der Hofbesitzer **H. F. W. Eggers** zum Vor- sitzenden des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amts- dauer von 6 Jahren gewählt worden. Die Bestätigung der Wahl durch das Stadt- und Landamt ist erfolgt.

Hamburg. Ein verkrachter Spekulant auf der Anklagebank. Ein in der spekulativen Geschäftswelt sehr bekannter Herr hatte sich Freitag gegen die Anklage der wiederholten Untreue, Anstiftung zur Untreue und Hehlerei zu verantworten. Es war der Bauunternehmer **Ch. S. C. Claussen**, dessen Verhaftung seiner Zeit, es war kurz nach der Flucht des mit ihm mehrfach lüchten Friß Friedmann aus Berlin, hier großes Aufsehen machte. Wo es eine gemagte Finanzoperation oder eine sonstige Spekulation gab, da war der Ham- burger Claussen sicher mit von der Partie. Was Wunder, daß er mit allen Finanzleuten und Spekulanten bekannt war; so, wie schon erwähnt, mit dem wüthenden Speku- lanten Friß Friedmann. Unter vielem Anderen war Claussen bei der Finanzierung resp. Sanirung zweier Ber- liner Unternehmungen engagirt. Es war das der „Nationalverein zur Hebung der Volksgesundheit“ und die Aktiengesellschaft „Pionier“, Agitationsinstitut für volkswirtschaftlichen und sittlichen Fortschritt, für Schul- wesen, Hygiene und Medizinalreform. Vorsitzender des Zentralvorstandes des „Nationalvereins“ ist ein Freiherr von Broich, Geheim- Oberregierungs- und vortragender Rath im Staatsministerium. Der Generalsekretär des Vereins ist der bekannte Schriftsteller Ludwig Bierck, während einen anderen einflussreichen Posten in dem Verein der Geheime Regierungsrath a. D. Rasche in Wilmersdorf bekleidet. Claussen war insbesondere ange- klagt: „in mindestens vier selbstständigen Handlungen, 1. in der Zeit von Oktober bis Dezember 1895 durch Versprechen, durch Mißbrauch seines Ansehens und durch Uebersiedlung den Direktor Ashe vorsätzlich dazu bestimmt zu haben, als Bevollmächtigter der chemischen Fabrik auf Aktien abichtlich zum Nachtheil derselben zu verfügen;

2. im November und Dezember 1895 seines Vortheils halber 10 Aktien der genannten Fabrik à 1000 Mark, dem Freiherrn von Asche gehörig, von denen er wusste, daß Direktor Asche sie durch Unterschlagung erlangt hatte, an sich gebracht, beziehungsweise zu deren Abzug bei Anderen mitgewirkt zu haben; und 3. und 4. im Dezember 1895 als Bevollmächtigter der Aktiengesellschaft „Bionier“ und des „Nationalvereins zur Hebung der Volksgesundheit“ über zwei Vermögensstücke dieser beiden Auftraggeber, nämlich zwei Wechsel von je 5000 Mark absichtlich zum Nachtheil derselben verfügt zu haben.“ Als Zeugen waren unter Anderen auf Antrag der Staatsanwaltschaft geladen: der Geheime Kommerzienrath Baron Freiherr v. Asche-Harzberg, der Geheime Ober-Regierungsrath und vortragende Rath im Staatsministerium Freiherr v. Broich-Berlin und der Generalsekretär Louis Bieder-Berlin. Auf Antrag der Verteidigung waren ebenfalls verschiedene Zeugen geladen, darunter der frühere Rechtsanwalt Fritz Friedmann-Berlin, von dessen Vernehmung als Zeuge jedoch in letzter Stunde abgesehen wurde. Nach längerer Verhandlung erkennt das Gericht gegen H. auf Freisprechung von der Anklage der Veruntreuung und der Fälschung. Wegen Anstiftung zur Veruntreuung wurde H. jedoch zu 9 Monaten Gefängnis und 2 Jahr Ehrverlust verurtheilt. Auf die Strafe werden 2 Monate der Untersuchungshaft angerechnet. Die Anstiftung zur Untreue ist darin gefunden, daß Claussen den Direktor Asche zu unredlichen Wechselmanipulationen verleitet hat. Der Verteidiger stellte den Antrag auf vorläufige Haftentlassung, der Staatsanwalt protestirte dagegen und das Gericht lehnte den Antrag ab.

Malchow. Wie unsere Hofgänger in Mecklenburg theilweise behandelt werden, zeigt folgender Vorfall. Am Donnerstag vor. Woche war in dem benachbarten Noz eine Anzahl Hofgänger, auf den Knien liegend, beim Wurzeljäten beschäftigt, als plötzlich der Pächter dieses Gutes, Burchard, auf seinem Fuchs zwischen die Arbeiter sprang und der Herr seine Reitpeitsche in ganz bedenkliche Schwingungen versetzte, ein Reiterstückchen, wie es wohl auf der Rennbahn angebracht wäre, aber niemals unter einer Anzahl Arbeitern ausgeführt werden sollte. Den Grund zu diesem Verhalten glaubte B. darin gefunden zu haben, daß die Leute zu wenig arbeiteten. Bedenkt man aber, daß in diesen Tagen eine fast tropische Hitze herrscht und die Leute der Sonne schutzlos preisgegeben sind, so kann man wohl nicht gut verlangen, daß die Hofgänger dasselbe Quantum Arbeit liefern, wie

an kühleren Tagen. Andererseits ist der Lohn von 72 Mt. pro Jahr nicht ein solcher, die Schaffensfreudigkeit der Arbeiter zu steigern.

Kostock. Ein Pistolenduell mit blutigem Ausgang hat am Sonnabend Abend gleich nach 8 Uhr in der „Schwienstuh“ stattgefunden. Die Herren kamen in drei Droschken von Krummendorf und schickten dieselben, nachdem die ersteren an einer der südlich führenden Schneisen am Hauptwege ausgestiegen waren, in der Richtung nach Hinrichsdorf weiter. Der Kugelwechsel, welcher auf 15 Schritt Distanz (also unter einer ziemlich schweren Bedingung) erfolgte, verlief für beide Theile blutig, doch schienen die Verwundungen keine schweren zu sein. Ueber Hinrichsdorf lehrte dann die Gesellschaft nach Kostock zurück. Wie ungenirt dieselbe verfuhr, kann man daraus ersehen, daß die blutige Verbandswatte in Massen auf der Stelle zurückgelassen wurde und daß man sich nicht die Mühe gab, wenigstens die Blutlachen zu beseitigen. Außerdem fanden später Hinzugekommene dort ein Leder, das anscheinend zum Zuschütren des Patronenbeutels gedient hatte, und ein Exemplar der englischen Zeitung „The Times“. Die Schüsse sind weit hin gehört worden, doch sollen sich die Forstschutzbeamten gerade in einer ganz entfernten Gegend der umfangreichen Waldung aufgehalten haben. Interessant ist es, die Leute aus den nächsten Dörfern, die übrigens den hiesigen Arzt Dr. med. Stübemund unter den Herren erkannt haben wollen, über den Vorfall zu hören. „Dat soll blot einer von uns dauhn!“ meinen sie nicht mit Unrecht und geben ihrer Ansicht in sehr despektierlichen Worten Ausdruck, auf deren Wiedergabe wir natürlich verzichten müssen. Wir finden vielmehr, daß man sich nach den jüngsten skandalösen Duellaffären in Berlin nicht mehr wundern sollte, und warum auch in der Ferne schweifen, liegt das Gute doch so nah! Wie oft kann man nicht in den Hauptstraßen der Stadt die Studenten mit verbundenen Gesichtern herumlaufen sehen; die Polizei und die Staatsanwaltschaft mögen nun wohl annehmen, daß diese jungen Herren sich beim Rasiren geschnitten haben, oder daß ihnen ein Geschwür in der Backe durch einen operativen Eingriff hat geöffnet werden müssen. Warum soll man nicht immer das Beste annehmen, Böses vermuthet man hauptsächlich ja nur bei der Sozialdemokratie! — Man muß in der That gestehen, das Blut, das am Sonnabend Abend dort draußen im Holz vergossen wurde, ist nicht umsonst geflossen. Es hat in der Gegend sehr viel genützt, aber jedenfalls nicht zur vermeintlichen Reinwaschung der Ehre der Herren, sondern — uns! (M. B.-Btg.)

Bremen. Der Bürgerschaft ist eine Vorlage zur Schaffung einer großen Getreideverehrungsanlage im Freihafen zugegangen; 1 122 000 Mark sollen dafür bewilligt werden.

Neueste Nachrichten.

Kopenhagen. In Malmö hat ein Cyclon große Verheerungen angerichtet. Zwei Personen wurden getödtet, darunter der deutsche Musiker Fiedler aus Dresden.

Yokohama. Die Nordprovinz wurde von einem heftigen Erdbeben und einer mächtigen Fluthwelle heimgesucht. Fast die ganze Stadt Kamaishi ist zerstört. Tausende Menschen sind umgekommen. Innerhalb Stunden erfolgten 125 Erdstöße.

Quittung.

Für den Pressfonds gingen ein:
 Vom deutschen Metallarbeiter-Verein (Zahlstelle
 Lübeck) 2. Rate Mt. 200
 Mit den in Nr. 140 quittirten 1655
 Insgesamt Mt. 1855

Friedr. Meier & Co.

Streuwaage-Büchermarkt.

Der Schweinehandel verlief träge
 Lugeführt wurden 450 Stüd, davon vom Norden — St.
 vom Süden — Stüd. Preise: Verandtschweine schwer 35—38
 leicht 40—42 Mt., Sauen 25—30 Mt. und Ferkel 38—41
 pr. 100 Mt.

abgegangene und abgehende Schiffe zu Travemünde.

Angelommen:

Mittwoch, den 17. Juni.

Nachmittags

1.— D. Fehmar, Schacht, von Neustadt in 1 Std.

1.30 D. Thor, Rabben, von Rastov in 8 Std.

2.25 D. Dana, Johanson, von Karlstrona in 23 Std.

Donnerstag, den 18. Juni.

Vormittags

5.30 D. Lübeck, Hultman, von Kopenhagen in 12 Std.

6.10 D. Straßund 1, Meyer, von Wismar, in 4 Std.

Abgegangen.

Mittwoch, den 17. Juni.

Vormittags

9.45 C. F. Zverz, Berglund, nach Stoda.

9.45 Fortuna, Larsen, nach Somsö.

Nachmittags

12.25 D. Falke, Ehler, nach Fehmar.

2.10 D. Livadia, Wendfeldt, nach Kolbing.

7.— D. Rajaden, Hulten, nach Kopenhagen.

7.05 D. Gauthjod, Nydel, nach Stockholm.

Donnerstag, den 18. Juni.

Vormittags

7.30 D. Danebrug, Skibled, nach Kopenhagen.

Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr B: 6,35

W., mäßig.

Zur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einträgen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Zu kaufen gesucht
ein Schlosskorb.
 Offert. mit Preis unt. S 100 an d. Exp. d. Bl.

Wegen Erkrankung des jetzigen ersten Mädchens suche ich zur Anshilfe bis 1. August oder für fest 1 tüchtiges kräftiges Mädchen für Küchen- und Hausarbeit.
 Obertrave 8, Frau Ludw. Hartwig.

Zum 1. Juli zu vermieten
eine kleine Wohnung
 für eine alleinlebende Frau. Engelsgrube 6.

Zum 1. Juli eine Stube zu verm.
 Marlesgrube 55/9.

Geschäfts-Gröffnung.
 Allen Freunden, Bekannten und Gönnern zur Nachricht, daß ich
Untertrave 38, Ecke Alshede
 einen
Rasir-, Frisir- u. Haarschneidejalon
 eröffnet habe und bitte ich mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
 Hochachtungsvoll ergebenst
 Heint. Haase, Barbier u. Friseur.
 Untertrave 38, Ecke Alshede.

Die Schweineschlachtere
 von
W. Strohhfeldt
 73 Glockengießerstraße 73
 empfiehlt:

Schweinefleisch . . . Pfd. 45 Pf.
 Carbonade Pfd. 60 Pf.
 Fleisch Pfd. 45 Pf.
 Kopf und Bein . . . Pfd. 15 Pf.
 Speck, fett u. mager Pfd. 55 Pf.

Nur hiesige Waare.

Folckers Möbel-Magazin
 25 Marlesgrube 25
 empfiehlt

gut gearbeitete **Sophas**
 von 25 Mark an.

Über 1000 Bildertafeln und Kartenbeilagen.
MEYERS
 = Soeben erscheint =
 in 5. neubearbeiteter und vermehrter Auflage:
KONVERSATIONS-LEXIKON
 17.500 Seiten Text.
 272 Hefte zu 50 Pf.
 17 Bände zu 8 Mk.
 17 Bände in 11 Hefen gebunden zu 10 Mk.
 Probahefte und Prospekte gratis durch jede Buchhandlung.
 Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig.
 10.000 Abbildungen, Karten und Pläne.

J. N. Nissen

Breitestraße 21 Fernspr. 403
 empfiehlt sein großes Lager in

Steingut-, Porzellan- und Glas-Gebrauchs-Artikeln.
 Gute Waaren zu bekannt billigen Preisen.

Ia. Landschinken, Schinkenspeck, Tafelbutter, Speisebutter, Margarine, Käse, hief. Eier, Würstwaren, Räucherwaren, feinste Matjes-Springe etc. empfiehlt billigst
E. Giffhorn, Bedergrube 13.

Matjesheringe

theilweise leicht beschädigt
 empfiehlt
Heinrich Koop,
 Markttwiete 4.

Feinste franz. Eierkartoffeln
Pa. Magnum bonum
 empfehlen
Spethmann & Fischer,
 Bedergrube 59.
 Detailverkauf: Bedergr. 13 (E. Giffhorn)

Sehr schönen schnittigen
Holstein. Käse, Pfd. 15 Pfg.,
 empfiehlt
A. J. H. Fick,
 Telephon 510
 Wafenistfr. 5 c.

Musiker-Zachverein.

Durch Aufnahme mehrerer neuen Mitglieder können wir bei Aufträgen der verehrl. Vereine von jetzt ab einen
tüchtigen Clavierpieler
 zur Verfügung stellen.
 Der Vorstand.

Rohrstühle

werden gut und billig eingeflochten.
 Langer Bohberg 36/4.

Mitglieder-Versammlung

der
Central-Kranken- und Sterbenunterstützungskasse der deutsch. Schiffbauer
 am
Sonnabend den 20. Juni 1896
 Abends 8 Uhr
 bei Herrn Neumann, Fünshausen 19.
 T.-O.: Wahl. Verschiedenes.
 Die örtliche Verwaltung.

Lustfahrt

per Dampfer „Pollux“
Sonntag den 21. Juni 1896.
 Lübeck-Travemünde und bei günstiger Witterung weiter nach Niendorf, Timmen-dorf, Scharbeutz und zurück. Abfahrt Bedergrube 1 1/2 Uhr Nachmittags. Abfahrt Travemünde 3 1/2 Uhr. Rückfahrt von Scharbeutz 6 1/2 Uhr Abends. Fahrpreis Lübeck-Travemünde einfach 50 Pfg., Rückfahrkarten 70 Pfg. Travemünde-Niendorf-Timmen-dorf-Scharbeutz einfach 50 Pfg., Rückfahrkarten 70 Pfg., Kinder die Hälfte.
C. H. Petersen.

St. Lorenz-Liedertafel

Ausflug nach Schwartau
 per Dampfschiff „Vesta“
 mit Musik
am Sonntag den 21. Juni.
 Abfahrt ab Lübeck (Holltenbrüde) Nachmittags 1 1/2 Uhr. Rückfahrt ab Schwartau gegen 11 Uhr Abends. Fahrkarten bei d. Vereinsmitgliedern.
 Der Vorstand.

Verkaufe Bettfedern, per Pfd. 50 Pfg., bis 10 Pfd. per Pfd. 40 Pfg., und schöne große **Senneflößen.** Schuldt, Friedenstraße 15.

Fahrplan der Eisenbahn-Züge

Gültig vom 1. Mai 1896.

Lübeck-Hamburg.
 Von Lübeck: 6.56, 8.15, 10.45, 1.05, 2.30, 4.00, 6.57, 7.55. (9.55 Sonntags-Sonderzug von Travemünde vom 31. Mai bis 30. Aug.) 10.3
 Von Hamburg: 8.58, 9.54. (10.28 Sonntags-Sonderzug nach Travemünde vom 31. Mai bis 30. Aug.) 12.00, 1.20, 3.28, 4.22, 5.04, 7.00, 9.07, 11.27, 12.35

Lübeck-Büchen.
 Von Lübeck: 8.24, 10.47, 1.32, 4.27, 8.30
 Von Büchen: 7.33, 10.35, 1.28, 4.27, 8.10, 10.55
 Von Rajeberg nach Lübeck: 7.09, 9.55, 1.04, 3.51, 7.43, 10.33.
 Von Wülkn nach Lübeck: 6.58, 9.34, 12.53, 3.33, 7.31, 10.20.

Lübeck-Travemünde.
 Von Lübeck: 6.20, 8.00, 10.12, 10.30*, 1.15**, 1.40, 3.33, 4.30, 7.10, 9.27, 11.35***.
 * Sonntags-Sonderzug von Hamburg vom 31. Mai bis 30. August.
 ** Nur Sonntags v. 31. Mai b 30. Aug. à Person 70, Kinder 35 Pfg. Rückfahr nur m. d. Zügen 6.00, 7.15, 9.30, 10.30.
 *** Nur Sonntags v. 31. Mai bis 30. Aug.
 Von Travemünde: 6.49, 8.00, 9.47, 10.33 (nur Werktags im Juli u. Aug.) 12.09, 3.55, 6.44 (vom 14. Mai ab), 8.01 (nur Sonntags vom 31. Mai b. 30. Aug. außer 19. Juli u. 2. Aug., 8.50, 9.48 (Sonderzug u. Hamburg u. Sonntags v. 31. Mai bis 30. Aug.) 10.26 (v. 14. Mai ab), 11.21 (nur Sonntags v. 31. Mai bis 30. August)

Lübeck-Cutin.
 Von Lübeck: 7.40, 10.02, 2.45, 3.20 (nur Sonn- u. Festtags u. Schwartau v. 14. Mai b. 23. Aug., 6.00, 9.12, 10.35 (an allen Sonn- u. Festtagen u. jeden Mittwoch v. 14. Mai ab).
 Von Cutin: 7.25, 9.57, 12.59, 5.07, 8.22, 9.35 (nur Sonn- u. Festtags von Schwartau vom 14. Mai bis 23. Aug.), 10.18, 12.30 (beide letzten Züge an all. Sonn- u. Festtagen, sowie Mittwochs vom 14. Mai ab).
Mecklenburgische Friedrich-Franz-Bahn.
 Von Lübeck nach Kleinen: 7.38, 10.05, 12.15, 5.15, 9.20.
 Von Kleinen nach Lübeck: 10.32, 12.48, 3.40, 7.45, 12.22.
 Von Schwerin nach Kleinen: 8.30, 10.48, 1.25, 6.18, 10.20.
 Von Wismar nach Kleinen: 8.23, 10.40, 1.30, 6.18, 10.15.

Tivoli-Theater

Freitag den 19. Juni:
 Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Größter Lacherfolg!

C A C A O.
 Schwant in 4 Akten von Fritz Berend.

Revolution und Kontrerevolution.

In der Geschichte der modernen Revolutionen läßt sich fast schematische Gleichheit der Entwicklung beobachten. Der alte Feudalstaat, vertreten durch das absolute Königthum, wirtschaftet ab und sieht sich gezwungen, an diejenige Klasse zu wenden, die im Besitze des vollen Kapitals ist. Die Bourgeoisie benützt den unzeitigen Ruin der Krone, um sich die politische Macht zu oder theilweise zu sichern. Da die Geldkönige den Königen ihre milde Hand nur dann aufstehen, wenn der bestehende Theil des Volkes dafür gutschagt, so die unerläßliche Bedingung jeder Anleihe die Einsetzung einer Volksvertretung. Die moderne Vorgewirthe des Staates und der bürgerliche Parlamentarismus gingen sich gegenseitig. Das Parlament will jedoch nur eine Bewilligungsmaschine zu Anleihen und Steuern sein; es will Einfluß auf die Gesetzgebung haben, so kommen die politischen Neubildungen zu Stande, welche die Geschichte des 19. Jahrhunderts unter dem Namen Republiken und konstitutioneller Monarchien in verschiedenen Mischungsverhältnissen kennt. In Frankreich hat die Bourgeoisie ganze Arbeit gemacht; sie hat politische Macht vollständig auf dem angegebenen Wege erobert. Das deutsche Bürgerthum war zu dumm zu feige, um die Lage gehäbig für sich auszunutzen; ein auch der mäßige Parlamentarismus unserer Staatsmaschine ist nicht mehr zu beseitigen: man braucht das Bürgerthum, weil man sein Geld braucht.

Die klägliche Haltung des deutschen Bürgerthumes, überhaupt die verschiedenen Strömungen und Einflüsse, welche bei der bürgerlichen Erhebung der 40er Jahre in Preußen-Deutschland wirksam gewesen sind, erfahren eine treffliche Schilderung in Karl Marx's Schrift *Revolution und Kontrerevolution*, der wir in unserer Lektüre neulich einige Worte der Anerkennung gedenken haben. Greifen wir heute einen Abschnitt heraus; er heißt es:

„Als den Zeitpunkt der oppositionellen Erhebung der deutschen Bourgeoisie kann man das Jahr 1840 betrachten, im Tod Friedrich Wilhelms III. von Preußen, des letzten noch lebenden Gründers der heiligen Allianz von 1815. Man wußte von dem neuen Könige, er sei kein Freund von der überwiegend bürokratischen und militärischen Monarchie seines Vaters. Was die französische Bourgeoisie von Ludwig XVI. erwartet hatte, erhoffte die deutsche bis zu einem gewissen Grade von Friedrich Wilhelm IV. von Preußen. Auf allen Seiten war man überzeugt, daß das alte System überlebt und schachtmatt sei und aufgegeben werden müsse; was man unter dem alten Könige schweigend ertragen hatte, wurde nun laut für untragbar erklärt.

„Aber wenn Ludwig XVI., der Heißerlehnte, wie ihn die Schmeichler und Hoffschranzen nannten, ein einfacher, anspruchsloser Einfaltspinsel war, seiner eigenen Wichtigkeit halb bewußt, ohne bestimmte Meinungen und Ziele hauptsächlich von den Gewohnheiten geleitet, die er

während seiner Erziehung erworben, war Friedrich Wilhelm, sein preussisch-deutsches Nachbild, ganz anderer Art. Er übertraf sicher sein französisches Original an Charakterstärke, war aber dabei weder ohne Ansprüche noch ohne Absichten und Meinungen. In dilettantischer Weise hatte er sich mit den Grundzügen der meisten Wissenschaften bekannt gemacht und hielt sich dabei kenntnißreich genug, sein Urtheil in jeder Sache für entscheidend anzusehen. Er war überzeugt, er sei ein Redner ersten Ranges, und es gab sicher keinen Handlungsreisenden in Berlin, der ihn an Fülle vermeintlichen Wises oder an Geläufigkeit im Sprechen übertreffen konnte. Und vor allem hatte er seine eigenen Meinungen und Strebungen. Er haßte und verachtete das Beamtenthum und das beamtenthümliche Wesen der preussischen Monarchie, aber nur, weil alle seine Herzensneigungen dem Junkerthum und dessen Anliegen, Aufgaben und Gewohnheiten gehörten. Einer der Gründer und Hauptmitarbeiter des Berliner Politischen Wochenblattes, der sogenannten historischen Schule (einer Schule, die von den Gedanken Bonalds, de Maistre's und anderer Schriftsteller der ersten französischen Legitimisten zehrte), strebte er eine möglichst vollständige Wiederherstellung der gesellschaftlichen Vorherrschaft des Adels an. Der König sollte der erste Edelmann des Reiches sein, umgeben zunächst von einem glänzenden Hofstaate mächtiger Vasallen, Fürsten, Herzöge und Grafen, und dann von einem zahlreichen und reichen niederen Adel; er sollte nach seinem Gutdünken über seine getreuen Bürger und Bauern herrschen, als das Haupt eines vollständigen gesellschaftlichen, kastenmäßigen Rangaufbaues, wo jede Klasse ihre eigenen Vorrechte besaß und durch eine fast unübersteigbare Schranke der Geburt oder einer festbestimmten gesellschaftlichen Stellung von der anderen getrennt war; und dabei sollten alle diese Kasten oder „Stände des Reiches“ einander an Macht und Einfluß so trefflich das Gleichgewicht halten, daß das Handeln des Königs völlig frei blieb: das war der wunderliche Traum, den Friedrich Wilhelm IV. verwirklichen wollte.

„Es dauerte eine Zeit lang, bis die preussische Bourgeoisie, in lehrhaften Fragen nicht sehr bewandert, die wirklichen Absichten ihres Königs herausfand. Aber was sie sehr bald merkte, war, daß seine Neigungen sich auf Dinge richteten, die das gerade Gegentheil dessen waren, was sie brauchte. Kaum war das Mundwort des neuen Königs durch den Tod seines Vaters entsefelt, da machte er sich auch schon daran, seine Absichten in Reden ohne Wahl zu verkünden; und jede Rede, jede That entfremdete ihm immer mehr die Zuneigung der Bourgeoisie. Er hätte sich nicht viel darum gekümmert, wären nicht einige harte und beunruhigende Thatsachen dagewesen, die seine poetischen Träume störten. Friedrich Wilhelm IV. besaß zu viel von jener Verachtung baaren Geldes, die seit jeher das edelste Erbstück der Söhne der Kreuzfahrer gewesen ist. Er fand bei seiner Thronbesteigung ein kostspieliges, wenn auch knauserig eingerichtetes Regierungssystem vor, und einen mäßig gefüllten Staatskass.

Nach zwei Jahren war jede Spur eines Ueberschusses in Hoffesten, königlichen Reisen, Gnadengaben, Unter-

stützungen an hungernde und lungernde, schmierige und gierige Aeliche u. s. w. ausgegangen, und die regelmäßigen Steuern genühten nicht mehr zu den Bedürfnissen des Hofes und der Regierung. Und so fanden sich Seine Majestät bald in der Klemme zwischen einem unverhüllbaren Fehlbetrage im Staatshaushalte und einem Gesetze von 1842, das jede neue Anleihe und jede Vermehrung der bestehenden Steuern ohne Zustimmung der „künftigen“ Volksvertretung ungesetzlich machte. Diese Volksvertretung bestand nicht; der neue König war noch weniger geneigt, als sein Vater, sie zu schaffen; und wäre er dazu geneigt gewesen, so wußte er, daß die öffentliche Meinung seit seinem Regierungsantritte ganz erstaunlich gewechselt hatte.

„Die Bourgeoisie, die zum Theil erwartet hatte, der neue König werde sofort eine Verfassung gewähren, Pressefreiheit und Schwurgerichte geben u. s. w., kurz, sich selbst an die Spitze der friedlichen Umwälzung stellen, die sie brauchte, um die politische Macht zu erlangen — die Bourgeoisie hatte ihren Irrthum eingesehen und sich wüthend gegen den König gewendet. In der Rheinprovinz und mehr oder weniger in ganz Preußen war sie so erbittert, daß sie, da ihr nicht genug fähige Männer zur Verfügung standen, die sie in der Presse vertreten konnten, sich zu einem Bündnisse mit der extremen philosophischen Richtung bequeme. Die Frucht dieses Bündnisses war die „Rheinische Zeitung“ in Köln, die nach fünfzehntonatigem Bestehen unterdrückt wurde, von der man aber das moderne Zeitungswesen in Deutschland datiren kann. Das war im Jahre 1842.“

In diesen äußeren Umwälzungen spiegelte sich ein wirtschaftlicher Vorgang wieder, der ihnen zu Grunde lag, und der sie bedingte: Ende des vergangenen und Anfang dieses Jahrhunderts war die wirtschaftliche Macht von dem grundbesitzenden Adel an das kapitalistische Bürgerthum übergegangen. Nun ist es ein politisches Uebing, daß eine nach der wirtschaftlichen Lage zur Ohnmacht verdamnte Klasse auf die Dauer die Herrschaft über eine Klasse ausübt, welche die Drähte des ganzen wirtschaftlichen Lebens in der Hand hat. So kam es, wie es kommen mußte: Das Bürgerthum sicherte sich seinen Antheil an der politischen Macht. Was nun folgt, ist ein wiederum wesentlich wirtschaftlicher Vorgang. Der Staat geräth immer tiefer in die Schuldennechtschaft der Besitzenden: er wird ganz von selbst eine Versicherungsgesellschaft für den Kapitalismus. Dieser braucht jedoch, um seine Herrschaft zu erhalten, einen unendlich kostspieligen Apparat: Militarismus, Bürokratie u. c. — lauter Einrichtungen, welche die Bedürfnisse des Staates stets und ständig steigern und ihn durch sein eigenes natürliches Schwergewicht immer weiter abwärts führen auf der schiefen Ebene, an deren Ende der bürgerliche Staat ebenso sicher an seinem Ende steht, wie am Ende der zünftlerisch-feudalen Wirtschaftsweise der absolutistisch-feudale Staat mit der Patriarchalherrschaft in freien Städten. Solche Umwälzungen sind Umwälzungen letzter Instanz! Gegen sie giebt es keine Berufung, keine Kontrerevolution.

Nachtschatten.

Novelle von A. von Hahn.

(Schluß.)

Wie freundlich, wie behaglich das Zimmer aussah, so wie behaglich. Das rosigte Licht so sanft verklärend verabschiedend, hauchte Verkündigungen — von kommender Lust und Wärme, — kommender, — wenn sie nicht mehr war. — Dort auf dem breiten Lager würde er nachher eine kraftstrotzenden Glieder strecken — und hoffen, — in Erwartung Schwelgen, über ihre Bahre hinweg würden eine begehrlischen Wünsche sich zu einer feurigen Vorstellung konzentriren, — ach! — ihr Blick streifte weiter, — ja — jetzt haftete er im Spiegel. Mit grausamer Neugier richtete sie die müden Augen auf ihr Spiegelbild, mit entsetztem Interesse bei dieser Musterung verharrend. — Das war sie? Das hohläufige Gerippe, das so starr und fremd herüber sah? — sie begriff es jetzt, daß er nicht lieben konnte, ihren Anblick gar nicht mehr ertrag.

Ein zorniges Aufbäumen des Fleisches wollte sich in ihr regen. Knirschend prallten ihre Zähne aufeinander, als sie die knöchernen Finger ballte und die Faust zu drohender Geberde erhob. Wen klagte sie an?

A — — — ach! Im Herzen da drinnen die drängende Lebenslust — und in ihr — die lauende Verwesung. Warum? — warum war für sie nur Bitterkeit und Verzweiflung auf dem Tisch des Lebens servirt? — wie üppig der gefüllte Rothweinbecher mit seinem Rubinrothen Krystallstimmer herüberblickte, — mit welchem Behagen würde ihn der Dürstende leeren, wo war Labsal für sie, die Verwachtete? — Das Kränuschen daneben? — wach' demonstrative Ironie des Zufalles! — ja, das war ihr Theil — Gift. Er selbst hatte es dort hingestellt — aber es paßte nicht an den Ort — ebenso-

wenig wie sie noch zu ihm gehörte; — seltsames Zusammentreffen, — Leben und Tod, symbolisch anschaulicher konnten die feindlichen Gewalten nicht dargestellt werden. Hin sein, — hin ihr Schicksal. Ja — nein, — wenn er es auch so im Stillen wünschen möchte — ihr Schicksal sollten die weißen Plättchen da nicht besiegeln, — freiwillig schied sie nicht, — eigenmächtig wollte sie nicht in das Rad des Schicksals eingreifen, um das Glück der nimmersatten Genußsüchtigen da drinnen rascher zu krönen. Ach, sie hörte sie, die scheinheiligen Phrasen, sah ihn im Geiste, wie er gierig nach dem ersehnten Ziel griff — wenn sie den dunklen Pfad angetreten hatte, — nein, nein, noch sollten sie es nicht haben, das Glück! Der Tod würde für sie seinen Stachel verloren haben, wenn sie es sterbend mit sich nehmen könnte, wenn sie wüßte, sie sind getrennt, aber — es war ihnen sicher. Wie glücklich würden die beiden schönen Menschen sein, so recht sonnen wird er sich in ihrer blonden Schönheit, während sie — gräßlich — als fleischloses, verwestes Gerippe allein in dunkler drückender Erde lag — allein.

Leben und Tod! Warum konnte sie nicht Leben von seinem Leben nehmen, oder ihn mit sich hinabzerren, — wenn sie von den weißen Plättchen da etliche in den rothen Wein verfenken konnte? — wenn sie's thäte — brauchte sie die Wanderung nicht allein anzutreten — und das blonde Mädchen war elend.

Ach, wie alles um sie her wogte und tanzte, — sum — sum — sum — hörte sie die altbekannte Melodie und Alles drehte sich, sogar das Bett hob sich und begann sich schaukelnd zu bewegen.

Ach, — es wurde ihr so übel bei dem schauerhaften Wiegen — und doch mußte sie mit —

Ich kann nicht tanzen — flüsterte sie mechanisch — ich bin so schwach und krank. Sie klammerte sich an die Bettstelle — ich bin krank.

Aber es half nichts, sie mußte sich mitdrehen in dem tollen Wirbel, entsetzlich! Wie ging das zu? — War das eine Hallucination ihrer entfliehenden Seele, oder war sie am Ende schon ein wachender Schatten der taumelnden Schatten, die tanzend diese Stätte schnell umschwebten?

In dem wirren Taumel, der sie umfing, blickte sie mit dem letzten Rest des Bewußtseins um sich, o, wie wurde ihr übel — aber sie bebte noch — dort war die Thür, die zu ihrem Todtenbette führte — und dort — was war denn dort?

Ah, küßt Euch, küßt Euch! nickte sie schauerlich grinsend; schwankend wankte sie vorwärts — immer vorwärts in dem drehenden Wirbel — hier — nein noch nicht, — so nun brich zusammen.

Laut stöhnend fiel sie auf ihr Lager.

Ein wollüstiger Schauer zuckte ihr durchs Mark, raubthierartig flammte es in ihren Augen auf, während die Mordlust langsam auf ihrem feuchten Rücken emporrieselte.

In wahnsinnigem Taumel erhob sie sich ein paar schwankende Schritte — da stand sie vor dem großen Alte ihrer Lebenstragödie.

Mit gräßlichem Eifer schraubten ihre zitterfiebernden Finger den Zinndeckel von dem Glase. Oh, wenn er jetzt käme, wenn es schon zu spät!

Ein's, zwei und noch ein Klugelchen versank mit leisem Klack in dem Wein. Mit grausigem Interesse blickte sie auf die leichte zitternde Oberfläche der trüben rothen Flüssigkeit.

Eine bachantische Genugthuung schwellte ihr Herz, dann blickte sie auf, direkt in den Spiegel.

Mörderin hörte sie eine Stimme, eine fremde Stimme. Mörderin wiederholte sie das traurige Wort flüsternd, nickte ihrem Spiegelbilde vertraulich zu und blickte grinsend in ihr Antlitz.

Soziales und Partei-Leber.

Bei der Ersthauptwahl zur Gemeindevertretung in Nizdorf wurde Genosse Ostermann mit 475 Stimmen gewählt. Sein Gegner erhielt 5 Stimmen.

Liebnecht in Paris. Einen überaus herzlichen Empfang bereiteten dem Veteran der deutschen Sozialdemokratie die sozialistischen Deputierten Frankreichs und die sozialistischen Gemeinderathsmitglieder von Paris. Das Liebnecht gegebene Wort gestaltete sich zu einem Verbrüderungsfeste der deutschen und französischen Sozialdemokratie. Die von Jaurès, Guesde, Millerand, Bailliant, Lafargue, Loubrien (dem Vize-Präsidenten des Pariser Gemeinderathes), Paschal Groussset (ehemaligen Kommune-Mitglied und sozialistischem Abgeordneten) und anderen an Liebnecht gerichteten Ansprachen athmeten alle den Geist der internationalen Sozialdemokratie. Sie lassen sich in den Gedanken zusammenfassen, dem Guesde in begeisterten Worten Ausdruck gab: „Mit der wachsenden Macht des Sozialismus und des Klassenbewußtseins des Proletariats verschwinden immer mehr und mehr die Grenzpfähle zwischen den Nationen und erheben sich immer höher und unübersteigbarer die Grenzpfähle zwischen der Bourgeoisie aller Länder und dem internationalen Proletariat.“

Liebnecht hatte denselben Gedanken in die Worte gekleidet: „Für die deutschen Sozialisten sind die französischen Sozialisten, wie die aller anderen Länder, Brüder, die deutschen Kapitalisten Feinde. Es giebt nur zwei Nationen: die sozialistische und kapitalistische, die Nation der ausgebeuteten Klasse und die Nation der ausbeutenden Klasse.“

Der internationale Charakter des Festes war noch erhöht durch die Anwesenheit und durch die Ansprache Peter Lawroff's, des Veteranen der russischen Sozialisten, der am 14. Juni seinen 73. Geburtstag feierte.

Lauterberg a. S. Ueber den Streik der hiesigen Stuhl-arbeiter erhält der „Vorwärts“ folgende Zuschrift: Der Streik der Tischler, Drechsler, Polirer, Bildhauer und Nähmaschinenfabriken-Arbeiter dauert unverändert fort, und bitten wir, den Bezug streng fern zu halten. Gegenwärtig versuchen die Fabrikanten, zu angeblich hohen Löhnen von auswärtigen Arbeiter und Arbeiterinnen anzuwerben. Wir halten es deshalb für angebracht, einmal die glänzenden Verhältnisse in den hiesigen Betrieben den Arbeitern klarzulegen. Der Durchschnittsverdienst der Arbeiter belief sich auf 8—9 Mark. Für das Duzend Stühle erhalten die Arbeiter den horrenden Lohn von 3,50 Mark. Dabei dürften sich die Herstellungskosten für den Fabrikanten auf 18—20 Mark belaufen, und werden diese Faktorate mit 40 Mk. verkauft; gewiß ein annehmbarer Unternehmerprofit. Die Stuhlflechterinnen bekommen für ein ganzes Duzend Stühle nach Abzug des Rohpreises, das sie vom Fabrikanten kaufen müssen, M. 1,20, und braucht eine gelübte Flechterin zur Anfertigung eines Stuhles zwei Stunden. Das sind die hohen Preise, die in Lauterberg von den Stuhlfabrikanten gezahlt werden. Wir glauben, es wird kein Arbeiter das Verlangen haben, dieses Eldorado kennen zu lernen, noch weniger wird er die Arbeiter, die durch den Hochmuth ihrer Fabrikanten auf die Straße geworfen wurden, in ihrem Kampfe um das Koalitionsrecht schädigen. Die Streikenden harren einmüthig aus. Das ohne jeden Grund an sie gestellte Verlangen, aus ihrer Organisation auszutreten, mußte zurückgewiesen werden, und die Sympathie, die in weiten Kreisen aller anständigen Menschen den Streikenden entgegengebracht wird, dürfte jene vom Uebermuth eines terroristischen Unternehmertums diktierten Maßregeln wirkungslos verlaufen lassen.

Zum Weberstreik im Culengebirge wird aus Langenbielau berichtet: Die Lage des Streiks ist unverändert. Die von der Firma angestellten ungelerten Arbeiter haben schon vielen Schaden angerichtet, weshalb die Streikenden verlangen, daß ihnen auch für den ihnen etwa dadurch zugefügten Schaden Ersatz geleistet wird. Beschlossen wird; das Gewerbeschiedsgericht als Einigungs-

amt anzurufen, damit nicht gesagt werden könne, daß die Streikenden etwas veräußert hätten, um eine Einigung herbeizuführen. Die bürgerlichen Blätter, welche von hier berichten, als seien Unruhen bevorstehend, erhielten seitens der Streikenden eine scharfe Zurechtweisung. Falsch ist übrigens noch die Nachricht, daß die Weber an mehreren schlesischen Orten streiken; nur hier wird gestreikt. Im benachbarten Reichenbach hat eine Textilfirma freiwillig ihren Arbeitern 5—15 pCt. Lohnzulage gewährt. Interessant ist, daß bei einem Ausschreiben die Firma Reugebauer Söhne diejenige war, welche unter 20 Firmen die beste und billigste Waare lieferte. — Am Sonnabend wurde die erste Streikunterstützung ausgezahlt. Unverheiratete erhielten 4 Mk., Ernährer einer Familie 5,50 Mk. und für jedes Kind 50 Pf. extra. — Die Unterstüßungen sind gut eingelaufen, vom internationalen Sekretariat der Textilarbeiter gingen allein 1000 Mk. ein. Die hiesige Bevölkerung sympathisirt lebhaft mit den Streikenden und unterstützt sie nach bestem Können, aber allein kann sie die Streikenden nicht über Wasser halten. Deshalb, deutsche Arbeiter, eri nert Euch Eurer Pflicht, den armen Culengebirgswebern zu helfen.

In Dresden stellten am 15. Juni von 3600 dort beschäftigten Maurern 1000 die Arbeit ein. Zu den neuen Bedingungen arbeiten bereits 1800 Maurer auf 132 Bauten. Bezug ist streng fernzuhalten.

Aufgepaßt, Buchbinder! Ein vertrauliches Schreiben der Unternehmerorganisation der Leipziger Buchbindereibesitzer sei hier mitgetheilt:

Vertraulich.

Sehr geehrter Herr!

Die sich in allen Gewerben durch Arbeitseinstellungen kundgebende Erregung der Arbeitnehmer wird wohl auch die Buchbinder zu einer Lohnbewegung veranlassen. Um vorkommendenfalls gerüstet zu sein, gestatten wir uns jetzt schon die ergebene Anfrage, ob Sie geneigt sind, an einer Besprechung über gemeinsame Schritte der Arbeitgeber theilzunehmen.

Im zustimmenden Falle würden wir Sie zu einer baldigst stattfindenden Versammlung der zunächst betheiligten Besitzer der größeren Buchbindereibetriebe einladen.

Leipzig, im Juni 1896.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand der Leipziger Buchbindereinnung.

Moritz Göhre.

Da die Unternehmer anderer Orte ein gleiches Vorgehen planen, wollen die Buchbinder auf dem Posten sein.

Streiks in Finnland. Vor kurzer Zeit haben die Arbeiter von Helsingfors, wie der „Nowoje Wremja“ geschrieben wird, einen Streik von solchen Dimensionen inscenirt, daß man genöthigt wurde, ihm eine ernsthafte Beachtung zu schenken. Die Schreiner, die Schmiede, die Maler und andere Arbeiter, unzufrieden damit, daß man sie während der Sommermonate nöthigte, elf Stunden zu arbeiten, wollten einen Arbeitstag von zehn Stunden erringen, um welchen die Arbeiter schon im Jahre 1893 vor der Einberufung des „Seim“ (des finnländischen Landtages) petitionirt hatten. Die Unternehmer gingen auf die Forderungen der Arbeiter nicht ein, und diese verließen die Arbeit. Der Streik wurde planmäßig geführt, die Arbeiter setzten ein spezielles Streikkomitee ein, sammelten ein Kapital an, wählten einen Sekretär, veranstalteten Zusammenkünfte, sandten Delegirte, um mit den Unternehmern Besprechungen zu führen. Ueber 800 Mann trugen ihre Namen in die Listen des Streikkomitees ein, die Gesamtzahl der Streikenden betrug aber gegen zweitausend Mann. Das Komitee unterstützte die ärmsten Arbeiter mit Geldmitteln. Der Kampf wurde von beiden Seiten mit finnischer Ruhe und Ausdauer geführt. Die Arbeiter verhielten sich ziemlich korrekt, sie tranken wenig, zu Drohungen und Gewaltthätigkeiten ließen sie sich selten hinreißen, zu ernstern Zusammenstößen kam es gar nicht. Die Unternehmer gaben nicht nach; um Arbeiter zu bekommen, fuhren sie nnter anderem nach Petersburg, wo sie russische Arbeiter unter ihren alten Bedingungen warben. Ein Theil der finnländischen Zeitungen nahm Partei für die Arbeiter, die anderen verurtheilten sie. Einen wenn auch schwachen Widerhall fand der Streik in verschiedenen Städten Finnlands, so in Tammerfors, Kotka, Abo, Björneborg und Wyborg, außerdem wurde in verschiedenen

„Mörderin“, züchte es wieder vor ihrem Ohr — und nun kehrte die Erinnerung mit überwältigender Klarheit zurück.

Sie tastete nach ihrer Kehle, die ihr wie zugeschnürt war, sie glaubte, sie müsse ersticken, — war das Jubel oder Verzweiflung?

Wahnsinnige Aufregung ließ ihr krankhaft hämmerndes Herz in seiner Arbeit inne halten.

„Nicht allein, ächzte sie erstickt, — mit ihm, — neben den lebensstropfenden Gliedern wird mein siecher Leib gebettet sein, — — — o dieser schöne, lebenskräftige Mann!“

Da — da — — — jetzt griff er nach dem Glase — — — ah — wie gierig er sog und schluckte — ah — — — Ralph!

Ein gräßlicher Aufschrei, dem ein Nschzen, Gurgeln und Plätschern folgte, ließ den Trinken den entsetzt inne halten, der Becher glitt zur Erde, ein Moment hoffnungsloser Seigämtheit.

Dann sprang Ralph auf und eilte ins Nebenzimmer an das Lager der Kranken.

Starr und glanzlos blickten ihn die leeren Augen an. Noch ein trampfhaftes Zucken des siechen, blutüberströmten Körpers — dann lag er regungslos.

Ein Blutsturz hatte Dora erlöst.

— Ende. —

Gegenden die Sympathie für die Streikenden zum Ausdruck gebracht und Versprechungen gegeben, sie mit Geldmitteln zu unterstützen. In Helsingfors selbst kam nach den andern Arbeitern auch zu einer Gährung unter den Schneidern, da es diesen aber an Einigkeit fehlte blieben ihre Forderungen unerfüllt. Später sind auch Schuhmacher und zwar mit Erfolg mit ihren Forderungen hervorgetreten.

Aus Nah und Fern.

Zur Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Am 1. Mai brachte unser Bruderorgan die Magdeburger „Volksstimme“ eine Variation des Knackfußschen Bildes „Völker Europas, wahret Euere heiligsten Güter“. Die Frauenfiguren, die bei Knackfuß die europäischen Völker repräsentiren, sind ihrer Rüstungen und Waffen entkleidet und stellen, wie aus den ihnen beigegebenen Symbolen zu erkennen ist, die Wissenschaft, die Arbeit, die Organisation, den Frieden, die Idee des Achtsundentages u. s. dar. Der Erzengel Michael trägt auf seinem Panze die Worte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit; er verkörpert den Sozialismus. An die Stelle des Götzenbildes im Hintergrunde ist eine finstere Wolke getreten die Reaktion. In dieser Darstellung hat die Staatsanwaltschaft in Magdeburg eine Majestätsbeleidigung gefunden, und auf ihren Antrag sind der Verleger und der verantwortliche Redakteur des Blattes am 2. Mai in Untersuchungshaft genommen worden, der Redakteur Gen. Schröder aber, wie gemeldet, noch nicht. — Die freisinnige „Volks-Zeitung“ bemerkt zu dem Fall:

Wir sind begierig auf den Ausgang dieses Prozesses. So lange es in der Literatur oder in der Kunst Verboten gegeben hat, die wegen der Persönlichkeit ihres Verfassers oder aus anderen Gründen eine besondere Aufmerksamkeit erregt haben, so lange sind sie, sei es in humoristischer oder in ernstlicher Weise travestirt bzw. in launiger Weise parodirt worden. Man wird sich erinnern, daß im vergangenen Jahre in den „Burschenschaftlichen Blättern“ eine Parodie des „Sang an Aegir“ veröffentlicht wurde die in zahlreiche deutsche Blätter von zweifellos monarchischer Gesinnung übergegangen ist. Erinnern wir uns recht so haben wir die in Magdeburg beanstandete Travestie in einer Anzahl süddeutscher, keineswegs nur sozialdemokratische Blätter vorgefunden, ohne daß wir irgend von der Erhebung einer Anklage gehört hätten. Die Auffassung, daß die ernste Travestie eines Bildes, dem gegenüber der Schöpfer persönlich vollständig zurücktritt, eine Beleidigung des Autors in sich schließen könne, ist uns in der Literatur und Kunstgeschichte völlig neu. Goethe, Schiller, Heine sind, wie Walter von Höcker Range, hundertmal parodirt und travestirt worden; doch hat noch kein Mensch den Eindruck gehabt, daß damit eine Kränkung der Dichter und Künstler beabsichtigt war. Sollte nicht das Verfahren gegen den Magdeburger Redakteur noch eingestellt werden, so würde die Hauptverhandlung für ganz Deutschland ein ungeheures Interesse haben!

Ein trauriges Bild von der Verwahrlosung in gewissen Kreisen, so schreibt die tugendreiche „Deutsche Tageszeitung“, bot sich am Sonntag Morgen in aller Frühe in der Schellingstraße in Berlin. Die 37jährige Arbeiterin Johanna St. aus der Dennewitzstraße, die die Nacht durchschwärmt hatte und anscheinend noch betrunken war, sprang hier in einem Anfall von Verzweiflung in das Wasser, um sich das Leben zu nehmen. Sie wurde von einem Schiffer herausgeholt und von einem Schutzmann in ein Krankenhaus gebracht. Dieser „Vorgang“ erklärt sich zur Genüge aus der sozialdemokratischen Hege gegen die „verdammte Bedürfnislosigkeit.“ Hier hat man die Folgen vor Augen. Ja, unter dieser furchtbaren Anklage muß die ganze Sozialdemokratie zusammenbrechen. Freilich, Agrarier thun so etwas nicht, die liegen ganze Nächte lang herum und betrinken sich. Wenn sie einmal in Berlin sind und wegen ihrer „Nothlage“ kein Obdach sich mietzen können, dann bitten sie bescheiden irgend einen Passanten darum und so manches mildthätige Fräulein ist gern bereit, ihr Lager mit ihnen zu theilen und sie so vor Verzweiflungsthaten zu bewahren, wie die der Arbeiterin St.

Ein Cigarrenstummel ist daran Schuld, daß in Barmen ein Mann sein Leben eingebüßt hat. Etwas angetrunken schlenderte der Mann neben dem Geleise der Hedinghauser elektrischen Bahn. Dabei fiel ihm sein Cigarrenstummel zwischen die Schienen. In demselben Augenblicke, wo er sich bückte, ihn wieder aufzuheben, saufte ein Wagen der Bahn an ihm vorüber und ver setzte ihm einen derartigen Stoß, daß er mit dem Kopfe gegen die Kante des Trottoirs geschleudert und sofort getödtet wurde.

Mit gelber Flagge lief am Sonntag Abend die schwedische Barke „Syrine“ in Dover ein, ein Zeichen, daß gefährliches Fieber an Bord herrscht. Als die Beamten des Gesundheitsamtes an Bord traten, ward ihnen die Mittheilung, daß alle Offiziere todt und ein Theil der Mannschaft am Fieber erkrankt läge. Die „Syrine“ wurde natürlich sofort unter Quarantäne gestellt. Das Schiff befand sich auf der Fahrt von der westafrikanischen Küste nach Hamburg. Die englischen Aerzte sind noch im Zweifel, welche todbringende Seuche an Bord herrscht. Man will versuchen, das Schiff nach Hamburg bugsilren (?) zu lassen, und einem Booten sind große Summen für die Führung angeboten worden.